

**Herrn Prof. Dr. Norbert Lammert
Präsident des
Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1**

11011 Berlin

Velbert, 28.05.2010

Wir klagen an

Sehr geehrter Herr Bundestagspräsident,

Wenn deutsche Bundesregierungen mit einer mittelstandsverachtenden Politik nicht nur einzelnen deutschen Bürgern und Familien schweren Schaden zufügen und ohne Rücksicht auf Recht und Gesetze keine Verantwortung übernehmen, jede Kommunikation verweigern, dann ist das eine menschenverachtende Arroganz, die Deutschland von Krise zu Krise direkt in eine schwere Staatskrise führt. Wir appellieren an das Präsidium des Deutschen Bundestags, unsere laufende Petition zu unterstützen und unser Petitionsrecht vor Missbrauch zu bewahren.

- 1. Unsere Petition: Wirkungs- und chancenlos in der Warteschlange?**
- 2. UMTS-Auktion 2000: Niederträchtigste Form der Enteignung**
- 3. Frequenzversteigerung 2010: Mahnmal für politische Verantwortung**
- 4. ITK-Branche 2000: Weltspitze mit herausragenden Congressmessen**
- 5. Hitech-amputierte ITK-Branche 2010: Ohne Bedeutung im internationalen Wettbewerb**
- 6. "Deutschland-Initiative für Aufbruchstimmung und Trendwende, Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum"**
- 7. Petition für Gerechtigkeit, die allen deutschen Bürgern zusteht und von der Deutschland nur profitieren kann**

Zu 1. Unsere Petition: Wirkungs- und chancenlos in der Warteschlange?

Ich habe mit Schreiben vom 07.03.2010 den Bundestagsausschuss für Wirtschaft und Technologie angeschrieben und unser Schicksal, das Schicksal eines professionell arbeitenden Mittelständlers, der über mehr als 25 Jahre mit einer Weltklasseleistung einen wesentlichen Anteil am Aufbau der Branche für IT und Telekommunikation (ITK) erbracht hat, im Kontext der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten 10 Jahre dargestellt. Dieses Schreiben wurde an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages weitergeleitet und dort als Einzelpetition (Pet 1-17-09-703-005442) in eine Warteschlange eingereiht. Das Schreiben ist auch im Internet einsehbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Bundestag1.pdf>

Wir klagen an: Das Petitionsrecht ist ein verfassungsrechtlich verbrieftes Grundrecht. Anfang Juni sind 3 Monate vergangen, ohne außer einer Bestätigung etwas erreicht zu haben. Die Beschwerden unserer Petition betreffen unerhörte Vorgänge, die vom Bundesminister für Wirtschaft und Technologie und von der Bundeskanzlerin zu verantworten sind. Es ist ein Missbrauch des Petitionsrechtes, wenn dieses nur benutzt wird, um Beschwerden über schlimmste Vorgänge, die bereits 10 Jahre andauern und von der Bundesregierung zu verantworten sind, in einer Warteschlange wirkungslos auszusitzen.

Zu 2. UMTS-Auktion 2000: Niederträchtigste Form der Enteignung

Ich habe mein gesamtes Berufsleben für hochwertige Dienstleistungen des Innovationstransfers in der ITK-Branche eingesetzt. Mit einer professionellen Weltklasseleistung hat unser Unternehmen über 25 Jahre einen wesentlichen Beitrag beim Aufbau der deutschen ITK-Branche geleistet, die bis zum Jahr 2000 Weltspitze gewesen ist. Wir haben unser gesamtes berufliches Leben an exponierter Stelle für den innovationsorientierten Mittelstand gearbeitet (wir können nichts anderes) und sind ein Opfer der UMTS-Auktion 2000 geworden. Mehr Informationen zu meiner Person:

> > > www.euro-online.de/ftp/Lebenslauf.pdf

Wir klagen an: Durch die 1. Mobilfunk-Auktion (UMTS-Auktion 2000) wurden wir nicht nur enteignet, auch alle unsere Bemühungen einer Kooperation mit der staatlichen CeBIT, mit den Branchenverbänden BITKOM und VATM, wurden auf der höchsten Entscheidungsebene zurückgewiesen. Wir wurden unter Federführung des BMWi eliminiert. Der IT-Gipfel, der in Form von Plenarveranstaltungen und VIP-Symposien Bestandteil der von uns in jährlichem Turnus durchgeführten Congressmessen war, findet jetzt unter Federführung des BMWi statt, also unter Federführung von hochbezahlten Ministerialbeamten, die laut Grundgesetz hoheitliche Aufgaben erfüllen sollten. Eine besonders niederträchtige Form der Enteignung: Ohne Enteignungsverfahren, ohne Prüfung einer Alternative, ohne Schadenersatz! Unter Federführung des BMWi wird jetzt zudem die Öffentlichkeit bewusst getäuscht und der Eindruck vermittelt, dass in der ITK-Branche alles in bester Ordnung ist. Tatsache ist aber das Gegenteil.

Zu 3. Frequenzversteigerung 2010: Mahnmal für politische Verantwortung

Die Mobilfunk-Auktionen (Frequenzversteigerungen) werden unter Leitung der Bundesnetzagentur, einer zum Geschäftsbereich des BMWi gehörenden Behörde durchgeführt. Mit der spektakulären UMTS-Auktion in 2000 wurden 50,8 Mrd EUR aus der ITK-Branche herausgepresst. Umgerechnet auf die gesamte Einwohnerzahl von Deutschland, betragen die UMTS-Lizenzkosten je Einwohner 620 € (zum Vergleich in Spanien 13 € je Einwohner, in Frankreich 28 € je Einwohner). Bei der 2. Mobilfunk-Auktion, die am 20. Mai 2010 beendet wurde, wurde bei der Versteigerung eines doppelt so großen Frequenzpaketes (360 Megahertz) "nur" 4,38 Mrd EUR eingenommen, das sind unter Berücksichtigung der doppelten Frequenzmenge nur 26,7 € Lizenzkosten je Einwohner, oder anders ausgedrückt: Bei der UMTS-Auktion in 2000 wurden für die halbe Frequenzmenge im Vergleich zur Auktion 2010 um 1060% höhere Lizenzkosten ohne Rücksicht auf Verluste durchgesetzt.

Wir klagen an: Die Folgewirkungen der UMTS-Auktion in 2000 waren verheerend und dauern bis heute an. Mit dem Auktionsergebnis wurde ein Viertel des Bundeshaushaltes auf Kosten des innovationsorientierten Mittelstandes der ITK-Branche finanziert. Aus einer blühenden Branche, mit über 12 % jährlichem Umsatzwachstum in 1999/2000, mit der Telekommunikation als Innovationstreiber, wurde eine Branche ohne Perspektive (- 4,4 % in 2009), mit der Telekommunikation auf Dauer-Schrumpfkurs seit über 8 Jahren. Der CeBIT-Niedergang geht nun in das 10. Jahr. Ein Viertel Mrd € Verlustausgleich von den staatlichen Anteilseignern (Steuergelder) in 2009. Die CeBIT (BITKOM-Messe) ist das Spiegelbild einer heruntergewirtschafteten ITK-Branche.

Zu 4. ITK-Branche 2000: Weltspitze mit herausragenden Congressmessen

Mit unseren Congressmessen über mehr als 25 Jahre in jährlichem Turnus haben wir einen innovationsorientierten Mittelstand entwickelt, der um die Jahrtausendwende als New Economy oder auch Net Economy bezeichnet wurde. Mit diesem Mittelstand war die deutsche ITK-Branche Weltspitze. Der innovationsorientierte Mittelstand war der Kundenstamm unserer Congressmessen. Die Erschließung der Mittelstandspotenziale für Innovations- und Wirtschafts-Wachstum ist unsere Professionalität.

Das weltweit größte Congressangebot mit Dokumentation zu den Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation war Qualitätsmerkmal unserer in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Congressmessen, und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang. Der Beweis hierfür kann jederzeit mit unserem Congressband-Archiv angetreten werden. Siehe Internet: > > > www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56

Wir klagen an: Die UMTS-Auktion 2000 wurde zu einem UMTS-Gau, für den die deutsche Bundesregierung die volle Verantwortung hat. Wir sind Augenzeuge und haben es vor Ort erlebt, wie der innovative Mittelstand, unsere Stammkunden, mit diesem UMTS-Gau eliminiert wurde. Das Ausmaß der Auswirkungen dieser mittelstandsverachtenden Politik konnten wir bundesweit abschätzen entsprechend dem Löschaufwand in unserer Adressen-Datenbank. Es ist verständlich, wenn ausländisches Kapital aufgrund schlechter Rendite-Erwartungen den Mobilfunk-Standort Deutschland fluchtartig verlassen hat. Deutsche Banken und insbesondere deutsche Landesbanken folgten hinterher. Die deutschen Netzbetreiber hatten zwar UMTS-Lizenzen, aber kein Kapital mehr, um die UMTS-Netze aufzubauen, sie mußten sparen. Der innovative Mittelstand hatte weder Kapitalgeber noch Auftraggeber, er wurde eliminiert.

Zu 5. Hitech-amputierte ITK-Branche 2010: Ohne Bedeutung im internationalen Wettbewerb

Das ist das Ergebnis einer mittelstandsverachtenden, desaströsen Innovations- und Technologiepolitik der letzten 10 Jahre. Das Innovationswachstum mit zig-Tausenden Hochtechnologie-Arbeitsplätzen ist nach Fernost abgewandert. Bei jeder ITK-Anwendung müssen die abgewanderten Arbeitsplätze im Ausland mitfinanziert werden. Es ist eine volkswirtschaftliche Binsenweisheit: Wenn der innovative Mittelstand beschädigt ist, dann haben auch Großunternehmen keine Chance, wie z.B. SIEMENS Com (Communications), BENQ Mobile, NOKIA Bochum, INFINEON mit der QIMONDA-Pleite (München/Dresden) u.a. Hier wurden zig Milliarden an Subventionen verbrannt. Ich habe ein paar Statistiken aufbereitet in unserer Homepage, mit denen eine Grobeinschätzung des ITK-Standortes Deutschland im internationalen Vergleich leicht möglich ist:

> > > www.euro-online.de

Wir klagen an: Deutsche Forscher und Unternehmer haben im vergangenen Jahrhundert mit Pionierleistungen für IT und TK Meilensteine gesetzt, wie z.B. die Computerpioniere Konrad Zuse und Heinz Nixdorf, Rudolf Hell, Erfinder der Fax- und Scannertechnologie, oder Nobelpreisträger Peter Grünberg, auf dessen nanotechnischen Forschungen Ende des letzten Jahrhunderts die heutige Festplattentechnik basiert. Bitte ersparen Sie mir weitere Aufzählungen. Was deutsche Forscher, deutsche Unternehmer und insbesondere der innovationsorientierte Mittelstand für die ITK-Branche im letzten Jahrhundert geleistet haben, wurde in 10 Jahren unter Federführung des BMWi in einem für Leistungsträger des deutschen Mittelstandes unerträglichem Maße heruntergewirtschaftet. Heute stehen bereits chinesische Experten aus Shanghai als Entwicklungshelfer in Düsseldorf am Rhein (anstatt umgekehrt), um Kommunikationsnetze weiter zu entwickeln, weil der Hochleistungs-Mittelstand in Deutschland gedeckelt ist, in einem Kompetenzbereich, auf dem Deutschland in den 90er Jahren Weltspitze gewesen ist. Es ist einfach nur frustrierend!

Zu 6. "Deutschland-Initiative für Aufbruchstimmung und Trendwende, Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum"

ist die Überschrift eines Briefes, den ich am 22.02.2010 an die Frau Bundeskanzlerin geschrieben habe. Ich habe immer wieder Mitglieder der Bundesregierung angeschrieben und sie darauf hingewiesen, welchen Schaden sie uns und welchen Schaden sie Deutschland zugefügt haben, und habe unsere Mitwirkung angeboten. Eine Auflistung ausgewählter Briefe der letzten 2 Jahre ist am Ende unseres Briefes an die Frau Bundeskanzlerin enthalten:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative1.pdf>

Wir klagen an: Es ist verabscheuungswürdige, menschenverachtende Politik, wenn wehrlose Unternehmer und wehrlose Bürger ohne Lobbyisten massiven staatlichen Eingriffen (z.B. UMTS-Auktion 2000) ausgesetzt werden und anschließend wie Nemos behandelt werden, die enteignet werden dürfen, die ausgegrenzt werden dürfen, deren Briefe nicht beantwortet werden müssen, obwohl sie jahrelang eine Weltspitzenleistung für Deutschland erbracht haben.

Zu 7. Petition für Gerechtigkeit, die allen deutschen Bürgern zusteht und von der Deutschland nur profitieren kann

Wir fordern mit der Petition nur Gerechtigkeit, die allen deutschen Bürgern zusteht und von der Deutschland nur profitieren kann: Schadenersatz und Anerkennung. Wir wollen unser langjähriges, lebenslanges Know-how in ein Centrum für Innovationseffizienz und Innovationswachstum einbringen. Wir wollen den IT-Gipfel, der vor der Enteignung Bestandteil unserer Congressmessen war, wieder zu einer professionellen Congressmesse entwickeln, um der heruntergewirtschafteten ITK-Branche wieder auf die Beine zu helfen. Mit einem Qualitätsservice für Innovationswachstum und Innovationseffizienz (Effizienzsteigerung wäre ein hochaktueller Beitrag zu dem bevorstehenden Spar-Diskussionsmarathon) werden wir gedeckelte Mittelstandspotenziale erschließen und zu einem marktgetriebenen Innovationswachstum mit neuen Arbeitsplätzen beitragen.

Wir haben unser Leben lang nichts anderes gemacht, aber das professionell!

Sehr geehrter Herr Bundestagspräsident!

Wir bitten um Ihre Unterstützung unserer Petition beim Deutschen Bundestag. Wir bitten um Ihre Hilfe, mit dem Petitionsverfahren zu einer schnellen Entscheidung zu kommen. Für eine Antwort wären wir Ihnen dankbar.

Mit freundlichen Grüßen



Albin L. Ockl

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.

Gründer und verantwortlicher Planer / Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841
Mobil 0171-6853504
albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

praesident@bundestag.de
wolfgang.schaeuble@bundestag.de

Präsident des Deutschen Bundestag
Herrn Dr.jur. Wolfgang Schäuble

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Antrag auf Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten der Bundesrepublik
Deutschland Frank-Walter Steinmeier

15.Januar 2019

Sehr geehrter Herr Bundestagspräsident,

wenn ein deutscher Bundespräsident nicht antworten will und
keine Brücken bauen will, hat er einen Grund,
einen Grund, den er lieber verschweigen möchte:

Seine Vergangenheit
als Chef des Bundeskanzleramtes 1999-2005.

Der Verfasser der Presseinformationen hat den Bundespräsidenten zweimal
angeschrieben und um Stellungnahme gebeten, hat aber keine Antwort erhalten:

Daher hat er die

Immunitätsaufhebung von
Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier
gerichtlich beantragt:

beim Verwaltungsgericht Berlin (VG 27 K 308.14) und
beim Verwaltungsgericht Düsseldorf (27 K 4325/18)
in Kopie an den Präsidenten des Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe
mit einer übersichtlichen Darstellung von 23 Wahrheiten und
mit einer erdrückenden, Ordner-Reihen füllenden Beweislage.

☹ Warum schweigt der deutsche Bundespräsident?

23 Wahrheiten gegen eine Menschenrechte verletzende Mauer des Schweigens,
eine neue Mauer in Berlin, 30 Jahre nach dem Mauerfall in Berlin.

Es geht um seine Vergangenheitsbewältigung in der Zeit 1999 bis 2005.

Frank Walter Steinmeier war Chef des Bundeskanzleramtes unter
Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998 bis 2005) und in den Jahren vorher sein
Büroleiter (seit 1993), in den Jahren danach Bundesminister unter
Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Der Verfasser ist nicht nur Opfer politisch motivierter Zerschlagungen im Zuge
einer gigantischen Umverteilungspolitik und perversen Zerschlagungspolitik,

diese getoppt mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten, politisch motivierten Sippenzerschlagung, mit Verlust eines nahestehenden Menschenlebens nach einer Treib- und Hetzjagd bis in den Tod, mit kapitalen Vermögensschäden, mit andauernder sozialer und psychischer Zerschlagung: Siehe beiliegende.

Presseinformation Nr.10

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1901.pdf>

**Gigantische Branchenverteilungs- und Zerschlagungspolitik:
Kriminell, desaströs mit Langzeitwirkung,
mit Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und
mit Missbrauch verheerender Folgewirkungen
Deutschland 2000: Digitale Spitze im globalen Vergleich
Deutschland heute: Digitale Kolonie von USA und Fernost
Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa
Bei Mobilfunk und Glasfaser in Europa abgehängt
Digitaler Sicherheitsnotstand attraktiv für Leaker und Hacker
2018: CeBIT Aus trotz 3-stelliger Millionen-Hilfe
nach 18 Jahren seit der staatlichen UMTS-Auktion 2000**

Kein Weiter so

Bundespräsident Frank Walter Steinmeier

Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)

Vergangenheitsbewältigung und nur die Wahrheit!

Immunitätsaufhebung gerichtlich beantragt

gegen eine Mauer des Schweigens: Steinmeier schweigt

23 Wahrheiten - Anlage Seite 8

**Mit heimtückischer Branchenverteilungspolitik und
perverser Zerschlagungspolitik 1998-2005:**

**Politisch motivierte Zerschlagungen mit
extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur
bundesweiten Sippenzerschlagung mit**

**Verlust eines Menschenlebens, Freiheitsberaubung mit
psychischer Folter, Zerschlagung der deutschen Heimat,
soziale Zerschlagung, Rufmord und kapitale Vermögensschäden,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des**

**Zerschlagungsoffers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa**

**Alte Berliner Mauer mit Schießbefehl: 1989 gefallen
Neue Berliner Mauer mit Missbrauch von Justiz und Staatsgewalt:**

Mauer des Schweigens seit 1998

Immunitätsaufhebung eines deutschen Bundespräsidenten, eigentlich Aufgabe des Deutschen Bundestags, wird hiermit beantragt. Der Unterzeichner beantragt außerdem, die beigefügte Presseinformation mit ausführlichen Anlagen und vernetzter Internet-Dokumentation allen Mitgliedern des Deutschen Bundestags zugänglich zu machen.

Mit vorzüglicher Hochachtung



Albin L. Ockl

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.

Gründer und verantwortlicher Planer / Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841
Mobil 0171-6853504
albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

praesident@bundestag.de
wolfgang.schaeuble@bundestag.de

Präsident des Deutschen Bundestag
Herrn Dr.jur. Wolfgang Schäuble

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Antrag auf Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten der Bundesrepublik
Deutschland Frank-Walter Steinmeier
Mein Schreiben vom 15.Januar 2019 und dieses Schreiben zusätzlich nachlesbar
in meiner vernetzten Internet-Doku
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf>
Scroll down after link (page 5 / 7)

05.März 2019

Sehr verehrter Herr Bundestagspräsident,

"Wenn deutsche Bundesregierungen mit einer mittelstandsverachtenden Politik nicht nur einzelnen deutschen Bürgern und Familien schweren Schaden zufügen und ohne Rücksicht auf Recht und Gesetze keine Verantwortung übernehmen, jede Kommunikation verweigern, dann ist das eine menschenverachtende Arroganz, die Deutschland von Krise zu Krise direkt in eine schwere Staatskrise führt. Wir appellieren an das Präsidium des Deutschen Bundestags, unsere laufende Petition zu unterstützen und unser Petitionsrecht vor Missbrauch zu bewahren", so habe ich mein Anschreiben vom 28.Mai 2010 an **Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert** eröffnet und höflich um seine Unterstützung meiner Petition an den Deutschen Bundestag gebeten, nachlesbar in unserer vernetzten Internet-Dokumentation:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf>

9 Jahre später:

"Wenn ein deutscher Bundespräsident nicht antworten will und keine Brücken bauen will, hat er einen Grund, einen Grund, den er lieber verschweigen möchte: **Seine Vergangenheit als Chef des Bundeskanzleramtes 1999-2005.**

Der Verfasser der Presseinformationen hat den Bundespräsidenten zweimal angeschrieben und um Stellungnahme gebeten, hat aber keine Antwort erhalten:

Daher hat er die **Immunitätsaufhebung von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier gerichtlich beantragt:**

beim Verwaltungsgericht Berlin (VG 27 K 308.14) und beim Verwaltungsgericht Düsseldorf (27 K 4325/18)

in Kopie an den Präsidenten des Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe mit einer übersichtlichen Darstellung von 23 Wahrheiten und mit einer erdrückenden, Ordner-Reihen füllenden Beweislage",

so habe ich Sie, sehr verehrter Herr Bundestagspräsident, am 15. Januar 2019 angeschrieben mit Anlage von 23 Wahrheiten in einer ausführlichen Presseinformation, so nachlesbar in unserer vernetzten Internet-Dokumentation:
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf>
Scroll down after link (page 5)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1901.pdf>

Im Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert habe ich beklagt:
"Es ist ein Missbrauch des Petitionsrechtes, wenn dieses nur benutzt wird, um Beschwerden über schlimmste Vorgänge, die bereits 10 Jahre andauern und von der Bundesregierung zu verantworten sind, in einer Warteschlange wirkungslos auszusetzen." Die Petition an den Deutschen Bundestag wurde niedergeschlagen: > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet111217.pdf>

Heute beklagen wir

verfassungswidrige Gerichtsbeschlüsse und verfassungswidrige Gerichtsurteile seit 2010

an deutschen Gerichten, weil sie ohne angemessenen Respekt vor einem deutschen Grundgesetz mit Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten erstellt werden. Dies ist allen bekannt, selbst der

Präsident des Bundesverfassungsgerichts mahnt: "Man muss das Grundgesetz nicht lieben, aber man muss es respektieren".

Was nützt das beste Grundgesetz der Welt, wenn Grundrechte nicht einklagbar sind. Seit 2010 habe ich über 25 Verfassungsbeschwerden sorgfältig ausgearbeitet, fristgerecht und vorschriftsmäßig nach einer Anhörungsrüge am Ende der 2. Gerichtsinstanz am Bundesverfassungsgericht eingereicht. Alle Verfassungsbeschwerden wurden beschieden mit "Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung".

Bei Rechtsbeschwerden an deutschen Gerichten muss der Beschwerdeführer befürchten, dass seine Beschwerde einem ausgewählten Richter zugeführt werden, der von der beklagten Bundesregierung eingesetzt ist, um Rechtsbeschwerden im Zusammenhang mit einer beklagten Bundesregierung niederzuschlagen.

Der Verfasser ist nicht nur Opfer politisch motivierter Zerschlagungen im Zuge einer gigantischen Umverteilungspolitik und perversen Zerschlagungspolitik, diese getoppt mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur **bundesweiten, politisch motivierten Sippenerschlagung**, mit Verlust eines nahestehenden Menschenlebens nach einer ungeheuerlichen **Treib- und Hetzjagd bis in den Tod**, mit einer hasskriminellen Aufwiegelung kommunaler Wähler gegen den Verstorbenen ("Volksjustiz" anstatt "Volksgerichtshof"), mit kapitalen Vermögensschäden, mit andauernder sozialer und psychischer Zerschlagung, mit Rufmord am Wohnort und am Geburtsort, mit mehrfacher Freiheitsberaubung. Eine weisungsgebundene, bundesweit agierende Staatsanwaltschaft hat ganze Arbeit geleistet.

Die alte Berliner Mauer mit Schießbefehl ist 1989 gefallen. Eine **neue Berliner Mauer mit Missbrauch von Justiz und Staatsgewalt, eine Mauer des Schweigens mit Rundfunk Sperre seit 1998 ist entstanden.**

Kein Weiter so. Es ist einfach, gegen ein wehrloses Opfer erneut eine diskriminierende Staatsanwaltschaft ohne Respektierung von Grundrechten zur Abwehr staatlicher Übergriffe in Gang zu setzen. Zum Rechtsstaat gehört auch **ein Deutscher Bundestag**, deren Mitglieder endlich Zugang zu den 23 Wahrheiten der Presseinformation erhalten sollten, weil der Bundespräsident trotz 2-maliger Anmahnung einfach nur schweigt.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1901.pdf>

Scroll down after link (page 8)

Politisch motivierte Sippenzerschlagung von wehrlosen Staatsbürgern,
das Werk von skrupellosen, diskriminierenden, bundesweit agierenden
Staatsanwälten mit einer Treib- und Hetzjagd bis in den Tod,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für
digitale Evolution in Deutschland und Europa,
trotz hochqualifizierter Produkte meines verstorbenen Bruders mit Premium-
Auszeichnungen,
mit Freiheitsberaubung und kapitalen Vermögensschäden, ist
eine demokratische Fehlentwicklung, die längst vor den Deutschen
**Bundestag gehört: Politisch motivierte Zerschlagungen zu Wahlkampf-
Projekten einer kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik
von deutschen Bundestags-Wahlen (Zerschlagung 1),
von bayerischen Kommunal-Wahlen (Zerschlagung 2)
unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Zerschlagung 3).
Anschließend: Missbrauch staatlich erzwungener Altersarmut trotz ansehnlicher
Altersrücklagen
für soziale Zerschlagung (Zerschlagung 4) und
für psychische Zerschlagung (Zerschlagung 5).**

Auf mein erstes Schreiben vom 15. Januar 2019 habe ich keine Antwort erhalten.
Wenn Schreiben nicht beantwortet werden, werden Staatsanwälte in Gang
gesetzt, so meine Erfahrung mit einer Reihe von Briefen an die Führung
deutscher Staatsorgane.

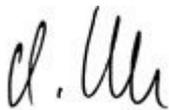
Mit der Immunitätsaufhebung möchte der Unterzeichner erreichen, dass der
Bundespräsident zu den 23 Wahrheiten mit direktem Bezug zu seiner Amtszeit
als Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005) rechtsverbindlich Stellung nimmt.

Das noch lebende Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung, der
Unterzeichner, hat dies im Schreiben vom 15. Januar 2019 beantragt. Er
wiederholt diesen Antrag verbunden mit der Bitte, den Bundestagsabgeordneten
Zugang zu den 23 Wahrheiten der übergebenen Presseinformation zu
ermöglichen. Diese Immunitätsaufhebung wurde auch gerichtlich beantragt:

Verwaltungsgericht Berlin (VG 27 K 308.14)
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27 K 4325/18)
Sozialgericht Düsseldorf (S 39 P 19/19)
Landgericht Wuppertal (16 T 194/18)

Für eine Empfangsbestätigung und mehr zu den beiden Anschreiben sind wir
Ihnen dankbar.

Mit vorzüglicher Hochachtung



Albin L. Ockl

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.

Gründer und verantwortlicher Planer / Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841
Mobil 0171-6853504
albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

praesident@bundestag.de

wolfgang.schaeuble@bundestag.de

**Präsident des Deutschen Bundestag
Herrn Dr.jur. Wolfgang Schäuble**

**Platz der Republik 1
11011 Berlin**

Antrag auf Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland Frank-Walter Steinmeier

Meine Schreiben vom 15.Januar 2019, vom 05.März 2019 und dieses Schreiben
zusätzlich nachlesbar in meiner vernetzten Internet-Doku

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf>

Scroll down after link (page 5 / 7 / 10)

22.März 2019

Sehr verehrter Herr Bundestagspräsident,

Wenn ein herausragendes Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa zerschlagen wird, um eine Umverteilung von der Digital-Branche zugunsten der Automobil-Branche in Abstimmung mit Gewerkschaften durchzudrücken (Zerschlagung 1, Bundestagswahl 1998),
wenn parallel eine bayerische Kommunalwahl als ländliche Volksjustiz gegen den Bruder des Zerschlagungsopfers aus Zerschlagung 1 missbraucht wird und dieser mit einer hasskriminellen Treib- und Hetzjagd von der NS-Nachkommenschaft der lokalen NS-Generation in den Tod getrieben wird (2012) und sein Anwesen in eine Zerschlagungs-Ruine verwandelt wird (Zerschlagung 2),
wenn der öffentlich-rechtliche Rundfunk sich parallel an der Zerschlagung 1 und zusätzlich mit Rundfunksperre beteiligt, um daraus Vorteile zu ziehen (Zerschlagung 3),
wenn eine so erzwungene Altersarmut des noch lebenden Zerschlagungsopfers mit Nutzungszwang von Pfändungsschutz-Konto für soziale Zerschlagung (Zerschlagung 4) und für psychische Zerschlagung mit mehrfacher Freiheitsberaubung und psychischer Folter (Zerschlagung 5) missbraucht wird,
wenn Zerschlagung 1 bis Zerschlagung 5, scheinbar gegen eine Berliner Mauer des Schweigens, als politisch motivierte Sippenzerschlagung, als das hasskriminelle Werk einer weisungsgebundenen, bundesweit agierenden, skrupellosen, diskriminierenden Staatsanwaltschaft aufgedeckt wird,
dann hat das Grundgesetz keine Chance mehr und es ist längst Handlungsbedarf für den Deutschen Bundestag angesagt.

Der Handlungsbedarf am Deutschen Bundestag ist unerlässlich, weil dem Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung ein weiteres Gerichtsverfahren zu Zerschlagung 4 am Landgericht Wuppertal (**3 O 61/19**) aufgezwungen ist. Das Zerschlagungsopfer beklagt den **Missbrauch deutscher Justiz für soziale und psychische Zerschlagung im Umfeld von politisch motivierter Sippenzerschlagung mit einer Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsopfers.**

Politisch motivierte Sippenzerschlagung im Zuge der kriminellen Umsetzung einer gigantischen, heimtückischen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik ist das Werk skrupelloser, bundesweit tätiger Staatsanwaltschaften seit 1998 unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998:

- > **Bundeskanzler Gerhard Schröder** (1998-2005)
 - > **Bundeskanzleramt-Chef Frank-Walter Steinmeier** (1999-2005)
 - > **Bundeskanzlerin Angela Merkel** (2005-20XX)
- Sieh Wahrheit 11 in Anlage Seite 14.

Das Landgericht beteiligt sich **nur** an der Zerschlagungsjustiz, obwohl es vom Grundgesetz zu ordentlichen Verfahren für Schadenersatz verpflichtet ist. Sieh Kapitel 04 in Anlage Seite 31.

04. Grundgesetz: Grundlage des deutschen Rechtsstaats

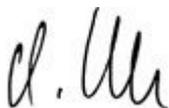
Voraussetzung für jede Rechtsanwendung, z.B. für Versicherungsrecht, ist der Respekt vor dem Grundgesetz mit Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten. Rechtsanwendungen ohne diesen Respekt sind verfassungswidrig! Sieh Kapitel 06 in Anlage Seite 38

Gerichtlicher Antrag auf Immunitätsaufhebung von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier zur Unterstützung des Antrags auf Immunitätsaufhebung beim Deutschen Bundestag

Das Zerschlagungsopfer beklagt nicht nur kapitale Vermögensschäden, sondern den Tod seines Bruders im Zuge der kriminellen Umsetzung einer gigantischen, heimtückischen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998 gegen eine Berliner Mauer des Schweigens. Wir haben bis heute nicht einmal eine Empfangsbestätigung zu unseren beiden Anschreiben erhalten.

Wir bitten Sie um Information über die weitere Verfahrensweise. Für eine Empfangsbestätigung und mehr zu drei Anschreiben sind wir Ihnen dankbar.

Mit vorzüglicher Hochachtung



Albin L. Ockl

Anlage

Schriftsatz vom 18.März 2019 an das Landgericht mit Stellungnahme
zu einer nicht zugesandten Klage am Landgericht Wuppertal gemäß
Anschreiben der 3.Zivilkammer vom 28.Feb. 2019

01. Landgericht Wuppertal: Nur Zerschlagungsjustiz ohne Schutz
gegen staatliche Übergriffe politisch motivierter Sippenzerschlagung
Beklagter nicht verantwortlich für juristisches Desaster aus
verfassungswidrigen Gerichtsverfahren am Landgericht
Amtsgericht kein Ausweg für juristisches Desaster aus
verfassungswidrigen Gerichtsverfahren am Landgericht
Unerträglich: Perverse Diskriminierung des Opfers als Täter mit
Missbrauch deutscher Justiz für
soziale und psychische Zerschlagung
im Umfeld von politisch motivierter Sippenzerschlagung
mit einer Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden
Zerschlagungsopfer
Kein Weiter so!
Zurückweisung aller Zwangsmaßnahmen
der sozialen und psychischen Zerschlagung
Antrag auf Prozesskostenhilfe

02. Soziale und psychische Zerschlagung (Wahrheit 22 / 23):
Fortsetzung der politisch motivierten Sippenzerschlagung
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
mit Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer),
mit kapitalen Vermögensschäden bis in staatlich erzwungene
Altersarmut mit Benutzungszwang von Pfändungsschutzkonto,
mit Rufmord und Zerschlagung der deutschen Heimat
am Wohnort und am Geburtsort,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers
mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa.
Verantwortlich für heimtückische Umverteilungspolitik und
perverse Zerschlagungspolitik seit 1998:
Bundespräsident Frank Walter Steinmeier
Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
Vergangenheitsbewältigung und nur die Wahrheit!
Immunitätsaufhebung gerichtlich beantragt.
zusätzlich mit persönlichem Schreiben an den
Präsidenten des Deutschen Bundestags und an den
Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts.
gegen eine Mauer des Schweigens:
23 Wahrheiten mit erdrückender Beweislage.

03. Psychische und soziale Zerschlagung (Wahrheit 22 und 23):
Fortsetzung der politisch motivierten Sippenzerschlagung
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland
und Europa: Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten
vorgelegt,
sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit Beteiligung an seinem
Lebenswerk nachgewiesen wie

Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und
EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und
Verwaltung

04. Grundgesetz: Grundlage des deutschen Rechtsstaats

Voraussetzung für jede Rechtsanwendung, z.B. für
Versicherungsrecht, ist der Respekt vor dem Grundgesetz mit
Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten.
Rechtsanwendungen ohne diesen Respekt sind verfassungswidrig!
Unerträglich: Verfassungswidrige Rechtsprechung am Landgericht
Wuppertal:
Massiver Verstoß gegen Art.1 Abs.3: Gleichheit vor dem Gesetz
bedeutet Schutz gegen jede Form von Diskriminierung.
Massiver und ständiger Verstoß gegen Art.6 der Europäischen
Menschenrechtskonvention: Recht auf ein faires Verfahren, hier:
massiver Verstoß gegen das Prozessgrundrecht aus Art.1 Abs.1 GG,
Art.2 Abs.1 GG und Art.20 Abs.3 GG
Skandalös: Geplante Entsorgung des Justizopfers über das
Amtsgericht Velbert

05. Soziale und psychische Zerschlagung (Wahrheit 22 / 23):
Amtsgerichte von Staatsanwaltschaft für Fortsetzung der politisch
motivierten Sippenzerschlagung missbraucht
Missbrauch deutscher Justiz am Landgericht durch Ausschluss von
Schadenersatz-Verfahren wegen politisch motivierter
Sippenzerschlagung
Staatlich erzwungene Altersarmut von skrupellosen Staatsanwälten
gnadenlos ausgenutzt für soziale und psychische Zerschlagung
mit perversen "Ordnungswidrigkeitsverfahren" und
"Vollstreckungsverfahren" am Amtsgericht Mettmann und am
Amtsgericht Velbert,
mit Missbrauch von Staatsgewalt, mit tumben Attacken ahnungsloser
Gerichtsvollzieher,
mit Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft,
und mit anschließenden Sozialgerichtsverfahren
*trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers
mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa*

**06. Kein Weiter so: Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung
gegen Abschiebung an Amtsgericht**
Antrag auf Verweisung an 2.Zivilkammer wegen Schadenersatz für
politisch motivierte Sippenzerschlagung mit
Antrag auf sofortige Härteleistungen für vorrangige Verrechnung der
Beitragsrückstände von sozialen Pflichtversicherungen
unter Berücksichtigung fehlender Versicherungsleistungen seit 2010
und
unter Zurückweisung aller Kosten für unnötige Zwangsmaßnahmen
und Gerichtsverfahren unter Verantwortung eines immer wieder
informierten Klägers
Antrag auf Prozesskostenhilfe für das Verfahren 3 O 61/19
Gerichtlicher Antrag auf Immunitätsaufhebung von Bundespräsident
Frank-Walter Steinmeier zur Unterstützung des
Antrags auf Immunitätsaufhebung beim Deutschen Bundestag

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln 01 bis 06 zusätzlich in
der Internet-Doku nachlesbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/LG-WUP-4.pdf>

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.

Gründer und verantwortlicher Planer / Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841
Mobil 0171-6853504
albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

praesident@bundestag.de
wolfgang.schaeuble@bundestag.de

Präsident des Deutschen Bundestag
Herrn Dr.jur. Wolfgang Schäuble

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Antrag auf Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland Frank-Walter Steinmeier

Meine Schreiben vom 15.Januar 2019, vom 05.März 2019, vom 22.März 2019 und dieses Schreiben zusätzlich nachlesbar in meiner vernetzten Internet-Doku

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf>

Scroll down after link (page 5 / 7 / 10 / 14)

22.April 2019

Sehr verehrter Herr Bundestagspräsident,

Drei Schreiben wurden nicht beantwortet:

Antrag auf Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland Frank-Walter Steinmeier wegen politisch motivierter Sippenzerschlagung

im Zuge der kriminellen Umsetzung einer gigantischen, heimtückischen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik, beklagt als das Werk skrupelloser, bundesweit tätiger Staatsanwaltschaften und scheinbarweise vom Zerschlagungsoffer aufzudecken gegen eine neue Berliner Mauer des Schweigens unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998:

- > **Bundeskanzler Gerhard Schröder** (1998-2005)
- > **Bundeskanzleramt-Chef Frank-Walter Steinmeier** (1999-2005)
- > **Bundeskanzlerin Angela Merkel** (2005-20XX)

Kein Weiter so! Daher Antragserweiterung auf Einsetzung eines rechtsstaatlichen Sondergerichts mit Vertretung durch einen qualifizierten Rechtsanwalt, mit direkter Aufsicht durch das Bundesverfassungsgericht:

Anstatt Amtsgerichte und Sozialgerichte für soziale und psychische Zerschlagung als **Fortsetzung politisch motivierter Sippenzerschlagung**

Bis heute verfassungswidrige Versagung von rechtlichem Gehör für Schadenersatz: Sieh Kapitel 13 gemäß Anlage.

13. Seit 1998: Politisch motivierte Sippenzerschlagung einer heimtückischen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik am Wohnort und am Geburtsort der Zerschlagungsopfer:

Kriminelles Werk skrupelloser Staatsanwaltschaften, einzige Ursache für staatlich erzwungene Altersarmut mit Benutzungszwang für Pfändungsschutzkonto, nachgewiesener Schaden in 2-stelliger Millionenhöhe trotz / wegen Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution Zerschlagung seiner Europäischen Congressmessen mit Digitalgipfel in jährlichem Turnus, heute unter Federführung des Bundeswirtschaftsministerium, Enteignung ohne Schadenersatz Nach Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 nicht den Hauch einer Chance:

Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems!

Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt und ausgegrenzt.

Bis 2010: Ansehnliche Altersrücklagen aufgebraucht

Seit 2010: Versagung von rechtlichem Gehör für Schadenersatz am Verwaltungsgericht Berlin und Düsseldorf, am Landgericht Wuppertal, soziale und psychische Zerschlagung mit mehrfacher Freiheitsberaubung über Amtsgerichte, Sozialgerichte und Landgerichte

Antrag auf Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten

am Deutschen Bundestag mit Information an den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts

wegen direkter Verantwortung als Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005) für Erzwingung politisch motivierter Zerschlagung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln 10 bis 13 sind zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/LG-WUP-4.pdf>

Scroll down after link (page 59)

Der Handlungsbedarf am Deutschen Bundestag ist unerlässlich, weil dem Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung ein weiteres Gerichtsverfahren zu Zerschlagung 4 am Landgericht Wuppertal (**3 O 61/19**) aufgezwungen ist und dieses mit Beschluss nach Gutsherrenart an das Amtsgericht Velbert abgeschoben wurde, weil rechtsanwaltschaftliche Vertretung nicht möglich ist..

Das Zerschlagungsopfer beklagt den

Missbrauch deutscher Justiz für soziale und psychische Zerschlagung

im Umfeld von politisch motivierter Sippenzerschlagung mit einer Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsopfers.

Wir bitten Sie um Antwort und Information über die weitere Verfahrensweise. Für eine Empfangsbestätigung und mehr zu vier Anschreiben sind wir Ihnen dankbar.

Mit vorzüglicher Hochachtung



Albin L. Ockl



Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer und Organisator unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, die Leitveranstaltung für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben, mit einem herausragenden Lebenswerk für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen, und so eine beachtliche Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa erbracht zu haben.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 18)

Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben. Nach der Zerschlagung waren wir gezwungen, unser Congressmesse-Archiv mit allen Congressbänden zu über 260 Congressen in unser Privathaus zu retten, zum Schutz gegen Verlust infolge politisch motivierter Zerschlagungen. Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen"

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Scroll down after link (page 24)

Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen z.B. bereits in 1987 einen Congress für Künstliche Intelligenz (KI) mit 4 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in einem ISBN-nummerierten Congressband (ISBN 3-89077-048-7), geplant und ausgeführt haben.

Künstliche Intelligenz wird von der Politik seit 2018 als die Zukunftsperspektive gepriesen, in der letzten CeBIT in 2018, die nun eingestellt ist trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000, und auf dem Digital-Gipfel im Dezember 2018, der Nachfolge-Veranstaltung nach Zerschlagung unserer Europäischen Congressmessen unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums

> > > <https://ifdt.org/kpf/>

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

Anlage in diesem Schreiben:

**Schriftsatz vom 15. April 2019 an das Amtsgericht Velbert mit
Stellungnahme zur Verfügung 11 C 89/19 vom 29.03.2019 des
Amtsgerichts Velbert (Kapitel 10 bis 13)
nach mehrfachen Anschreiben an das Landgericht Wuppertal**

**10. Chronologische Faktenlage verfassungswidriger Vorgänge am
Landgericht Wuppertal**
vor Erhalt der Verfügung trotz vehementen Einspruch aus der Sicht des
beklagten Zerschlagungsopfers:
Totale Versagung von rechtlichem Gehör zu Entscheidungen der
3. Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal nach Gutsherren-/Gutsfrauen-Art
Verweisung an das Amtsgericht Velbert ist verfassungswidrig
Daher: Antrag auf Rückgabe des Verweisungsauftrags vom Amtsgericht an
das Landgericht

**11. Politisch motivierte Sippenzerschlagung: Werk skrupelloser,
übermächtiger Staatsanwälte bei Umsetzung einer kriminellen
Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik unter Verantwortung der
regierenden Generation seit 1998:**
> Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)
> Bundeskanzleramt-Chef Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)
> Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-20XX)
Immunitätsaufhebung von
Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier
beantragt beim Präsidenten des Deutschen Bundestags,
darüber hinaus gerichtlich beantragt
beim Verwaltungsgericht Berlin (VG 27 K 308.14) und
beim Verwaltungsgericht Düsseldorf (27 K 4325/18)
in Kopie an das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe (2 BvR 1299/18)
beim Sozialgericht Düsseldorf (S 39 P 19/19)
beim Landgericht Wuppertal (3 O 61/19)
Daher: Antrag auf Rückgabe des Verweisungsauftrags vom Amtsgericht
Velbert an das Landgericht Wuppertal, um weiteres Unrecht zu verhindern

**12. Anspruchsbegründung des Klägers vom 19.12.2018 an das Amtsgericht
Mayen und Einspruch des Beklagten**
mit 2 Schriftsätzen:
Schriftsatz vom 18. März 2019 an das Landgericht Wuppertal (in Kopie an
den Präsidenten des Deutschen Bundestag) mit Schriftlicher Äußerung
(Erwiderung, Kapitel 01 bis 06) zu einer nicht zugesandten Klage gemäß
Anschreiben vom 28.02.2019
Schriftsatz vom 30. März 2019 an das Landgericht Wuppertal mit
Zurückweisung des Beschlusses der 3. Zivilkammer vom 13. März 2019 mit
Auflistung von 10 Anträgen,
mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge und
mit Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende Richterin
Anspruchsbegründung des Klägers in vollem Umfang zurückzuweisen
Antrag auf Aufhebung der Ladung zum 15. Mai 2019 und Zurückverweisung
an das Landgericht

**13. Seit 1998: Politisch motivierte Sippenzerschlagung einer
heimtückischen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik
am Wohnort und am Geburtsort der Zerschlagungsopfer:
Kriminelles Werk skrupelloser Staatsanwaltschaften,
einzige Ursache für staatlich erzwungene Altersarmut
mit Benutzungszwang für Pfändungsschutzkonto,
nachgewiesener Schaden in 2-stelliger Millionenhöhe
trotz / wegen Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution
Zerschlagung seiner Europäischen Congressmessen mit Digitalgipfel in
jährlichem Turnus, heute unter Federführung des
Bundeswirtschaftsministerium, Enteignung ohne Schadenersatz
Nach Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 nicht den Hauch einer
Chance:
Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems!**

Ausgehobelt, zerschlagen, abgehängt und ausgegrenzt.
Bis 2010: Ansehnliche Altersrücklagen aufgebraucht
Seit 2010: Versagung von rechtlichem Gehör für Schadenersatz am
Verwaltungsgericht Berlin und Düsseldorf, am Landgericht Wuppertal,
soziale und psychische Zerschlagung mit mehrfacher Freiheitsberaubung
über Amtsgerichte, Sozialgerichte und Landgerichte
Antrag auf Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten
am Deutschen Bundestag mit Information an den Präsidenten des
Bundesverfassungsgerichts
wegen direkter Verantwortung als Chef des Bundeskanzleramtes (1999-
2005) für Erzwingung politisch motivierter Zerschlagung mit extremistischer
Ausuferung staatlicher Übergriffe
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/LG-WUP-4.pdf>
Scroll down after link (page 59)

Anlage im Schreiben vom 22.März 2019
Schriftsatz vom 18.März 2019 an das Landgericht (Kapitel 01 bis 06)
mit Stellungnahme zu einer nicht zugesandten Klage am Landgericht
Wuppertal gemäß Anschreiben der 3.Zivilkammer vom 28.Feb. 2019

01. Landgericht Wuppertal: Nur Zerschlagungsjustiz ohne Schutz gegen
staatliche Übergriffe politisch motivierter Sippenzerschlagung
Beklagter nicht verantwortlich für juristisches Desaster aus
verfassungswidrigen Gerichtsverfahren am Landgericht
Amtsgericht kein Ausweg für juristisches Desaster aus verfassungswidrigen
Gerichtsverfahren am Landgericht
Unerträglich: Perverse Diskriminierung des Opfers als Täter mit
Missbrauch deutscher Justiz für
soziale und psychische Zerschlagung
im Umfeld von politisch motivierter Sippenzerschlagung
mit einer Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsopfer
Kein Weiter so!
Zurückweisung aller Zwangsmaßnahmen
der sozialen und psychischen Zerschlagung
Antrag auf Prozesskostenhilfe

02. Soziale und psychische Zerschlagung (Wahrheit 22 / 23):
Fortsetzung der politisch motivierten Sippenzerschlagung
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
mit Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer),
mit kapitalen Vermögensschäden bis in staatlich erzwungene Altersarmut
mit Benutzungszwang von Pfändungsschutzkonto,
mit Rufmord und Zerschlagung der deutschen Heimat
am Wohnort und am Geburtsort,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit
Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa.
Verantwortlich für heimtückische Umverteilungspolitik und
perverse Zerschlagungspolitik seit 1998:
Bundespräsident Frank Walter Steinmeier
Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
Vergangenheitsbewältigung und nur die Wahrheit!
Immunitätsaufhebung gerichtlich beantragt,
zusätzlich mit persönlichem Schreiben an den
Präsidenten des Deutschen Bundestags und an den
Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts,
gegen eine Mauer des Schweigens:
23 Wahrheiten mit erdrückender Beweislage.

03. Psychische und soziale Zerschlagung (Wahrheit 22 und 23): Fortsetzung der politisch motivierten Sippenzerschlagung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa: Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt, sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : : führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung

04. Grundgesetz: Grundlage des deutschen Rechtsstaats

Voraussetzung für jede Rechtsanwendung, z.B. für Versicherungsrecht, ist der Respekt vor dem Grundgesetz mit Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten.

Rechtsanwendungen ohne diesen Respekt sind verfassungswidrig!

Unerträglich: Verfassungswidrige Rechtsprechung am Landgericht

Wuppertal:

Massiver Verstoß gegen Art.1 Abs.3: Gleichheit vor dem Gesetz bedeutet Schutz gegen jede Form von Diskriminierung.

Massiver und ständiger Verstoß gegen Art.6 der Europäischen Menschenrechtskonvention: Recht auf ein faires Verfahren, hier: massiver Verstoß gegen das Prozessgrundrecht aus Art.1 Abs.1 GG, Art.2 Abs.1 GG und Art.20 Abs.3 GG

Skandalös: Geplante Entsorgung des Justizopfers über das Amtsgericht Velbert

05. Soziale und psychische Zerschlagung (Wahrheit 22 / 23): Amtsgerichte von Staatsanwaltschaft für Fortsetzung der politisch motivierten Sippenzerschlagung missbraucht

Missbrauch deutscher Justiz am Landgericht durch Ausschluss von Schadenersatz-Verfahren wegen politisch motivierter Sippenzerschlagung Staatlich erzwungene Altersarmut von skrupellosen Staatsanwälten gnadenlos ausgenutzt für soziale und psychische Zerschlagung mit perversen "Ordnungswidrigkeitsverfahren" und

"Vollstreckungsverfahren" am Amtsgericht Mettmann und am Amtsgericht Velbert,

mit Missbrauch von Staatsgewalt, mit tumben Attacken ahnungsloser Gerichtsvollzieher,

mit Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft, und mit anschließenden Sozialgerichtsverfahren

trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa

06. Kein Weiter so: Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung gegen Abschiebung an Amtsgericht

Antrag auf Verweisung an 2.Zivilkammer wegen Schadenersatz für politisch motivierte Sippenzerschlagung mit

Antrag auf sofortige Härteleistungen für vorrangige Verrechnung der Beitragsrückstände von sozialen Pflichtversicherungen

unter Berücksichtigung fehlender Versicherungsleistungen seit 2010 und

unter Zurückweisung aller Kosten für unnötige Zwangsmaßnahmen und Gerichtsverfahren unter Verantwortung eines immer wieder informierten Klägers

Antrag auf Prozesskostenhilfe für das Verfahren 3 O 61/19

Gerichtlicher Antrag auf Immunitätsaufhebung von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier zur Unterstützung des

Antrags auf Immunitätsaufhebung beim Deutschen Bundestag

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln 01 bis 06 zusätzlich in der Internet-Doku nachlesbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/LG-WUP-4.pdf>

Fortsetzung mit Kapitel 07 bis 09 im
**Schriftsatz vom 30.März 2019 an das Landgericht Wuppertal mit
Zurückweisung des Beschlusses der 3.Zivilkammer vom 13.März 2019
mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge und mit Ablehnungsgesuch
gegen die Vorsitzende Richterin am Landgericht Hahn.**

07. Schriftsatz vom 18.März 2019 an das Landgericht Wuppertal (in Kopie
an den Präsidenten des Deutschen Bundestag)
mit Antrag auf PKH und mit Stellungnahme zu einer
nicht erhaltenen, aber angeforderten Klage am Landgericht Wuppertal
gemäß Anschreiben der 3.Zivilkammer vom 28.02.2019 in den Kapiteln 01
bis 06

Massiver Verstoß gegen Recht auf ein faires Verfahren (Prozess-
Grundrecht, Europäisches Menschenrecht)

Unerträgliche Diskriminierung: Beklagter ist kein Täter, sondern
Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung mit
Todesopfer und kapitalen Vermögensschäden

08. Ablehnungsgesuch gegen Vorsitzende Richterin am Landgericht Hahn
gemäß §44 ZPO nicht vermeidbar

Mehr diskriminierende Befangenheit geht nicht:

Totale Anhörungssperre und Verurteilung und verfassungswidriges
Verhalten durch 3.Zivilkammer: Massive Verstöße gegen europäisches
Menschenrecht auf ein faires Verfahren, deutsche Grundrechte und
grundrechtsgleiche Rechte

Fakt: Rechtsanwendung von Versicherungsrecht mit Respekt vor dem
Grundgesetz ist entgegen Beschluss Zuständigkeitsbereich der
3.Zivilkammer

Opfer politisch motivierter Zerschlagung ohne jede Chance auf rechtliches
Gehör

Aufforderung zur schriftlichen Stellungnahme, noch dazu mit
diskriminierender Halbierung der Ausarbeitungszeit, nur pro Forma, nur zum
Schein,

ohne Bereitschaft, die halbierte Ausarbeitungszeit abzuwarten

ohne Bereitschaft, die Klage beim Landgericht dem Zerschlagungsopfer
überhaupt vorzulegen

09. Gericht mit Volldampf gegen das Grundgesetz: Daher Anhörungsrüge
gemäß §321a ZPO wegen Ausnahme-Situation,

weil gegen die Entscheidung ein fachgerichtliches Rechtsmittel oder ein anderer
Rechtsbehelf nicht (mehr) gegeben ist,

weil das Zerschlagungsopfer damit rechnen muss, dass die Beschwerde-
Instanz nicht erreichbar ist.

Qualifizierte Ausarbeitung mit Kopie an den Präsidenten des Deutschen
Bundestag zur Unterstützung der
Beschluss-Fassung der 3.Zivilkammer

10 weitere Anträge zusätzlich zum PKH-Antrag und zu weiteren Anträgen
gemäß Kapitel 06

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/LG-WUP-4.pdf>

Scroll down after link (page 43)

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.

Gründer und verantwortlicher Planer / Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841
Mobil 0171-6853504
albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

praesident@bundestag.de
wolfgang.schaeuble@bundestag.de

Präsident des Deutschen Bundestag
Herrn Dr.jur. Wolfgang Schäuble

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Bundespräsident Pet 3-19-011100-017987

Verfassungsbeschwerde mit Antrag auf Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland Frank-Walter Steinmeier

Meine Schreiben vom 15.Jan.2019, 05.März 2019, 22.März 2019, 22.April 2019 und dieses Schreiben zusätzlich nachlesbar in meiner vernetzten Internet-Doku

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf>

Scroll down after link (page 5 / 7 / 10 / 14 / 21)

03.Juni 2019

Sehr verehrter Herr Bundestagspräsident,

Mit diesem Schreiben (5.Schreiben) zeigen wir an:

Verfassungsbeschwerde 30.Mai 2019

mit Antrag auf Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland Frank-Walter Steinmeier

wegen politisch motivierter Sippenzerschlagung

im Zuge der kriminellen Umsetzung einer gigantischen, heimtückischen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik,

beklagt als das Werk skrupelloser, bundesweit tätiger

Staatsanwaltschaften und schiebenweise vom Zerschlagungsoffer aufzudecken gegen eine neue Berliner Mauer des Schweigens

Sieh Kapitel BVERFG-12(23) der Verfassungsbeschwerde:

70 Jahre Grundgesetz auf dem Weg zu Europäischen Menschenrechten gegen eine Kriminelle Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik seit 1998 ohne Schadenersatz

unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998:

> **Bundeskanzler Gerhard Schröder** (1998-2005)

> **Bundeskanzleramt-Chef Frank-Walter Steinmeier** (1999-2005)

> **Bundeskanzlerin Angela Merkel** (2005-20XX)

Kein Weiter so! Es ist kriminell, skandalös und nicht hinnehmbar, wenn von einer skrupellosen Staatsanwaltschaft ein Zerschlagungsoffer der politisch motivierten Sippenzerschlagung bis in den Tod gehetzt wird (Todesopfer 2012) und der

Beschwerdeführer dieser Verfassungsbeschwerde, das lebende Zerschlagungsopfer, mit sozialer und psychischer Zerschlagung weiter kriminalisiert wird:

Bitte lesen Sie meine beiliegende Verfassungsbeschwerde vom 30.Mai 2019 mit Antrag auf Annahme zur Entscheidung durch das Bundesverfassungsgericht gemäß mehrfacher verfassungsrechtlicher Garantie nach Art.93 Abs.1 Nr.4a GG.

Wir beklagen den Verlust eines nahestehenden Menschenlebens.

Dieser Verlust war vermeidbar, wenn unsere Petition in 2010 (Pet 1-17-09-703-005442) nicht mit einer verabscheuungswürdigen Abschlussprozedur im Deutschen Bundestag, mit einer wahrheitswidrigen, unqualifizierten Beschlussempfehlung niedergeschlagen worden wäre:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet111217.pdf>

Wir erheben mit Recht Anspruch auf Unterstützung durch den Deutschen Bundestag für unseren Antrag auf ein **Sondergericht mit rechtsstaatlichem Verfahren und mit dem Bundesverfassungsgericht als direkte Beschwerde-Instanz mit Zeugenaussage des Bundespräsidenten zur Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik in seiner Zeit als Chef des Bundeskanzleramtes in 1999-2005 nach Immunitätsaufhebung durch den Deutschen Bundestag gemäß Art.6 Abs.3d EMRK (Europäische Menschenrechte und Grundfreiheiten mit Recht auf ein faires Verfahren)**

Wir bitten Sie um Antwort und Information über die weitere Verfahrensweise gemäß der beiliegenden Verfassungsbeschwerde. Für eine Empfangsbestätigung und mehr zu vier Anschreiben sind wir Ihnen dankbar.

Mit vorzüglicher Hochachtung



Albin L. Ockl



Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer und Organisator unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, die Leitveranstaltung für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben, mit einem herausragenden Lebenswerk für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen, und so eine beachtliche Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa erbracht zu haben.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 18)

Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben. Nach der Zerschlagung waren wir gezwungen, unser Congressmesse-Archiv mit allen Congressbänden zu über 260 Congressen in unser Privathaus zu retten, zum Schutz gegen Verlust infolge politisch motivierter Zerschlagungen. Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen"

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Scroll down after link (page 24)

Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen z.B. bereits in 1987 einen Congress für Künstliche Intelligenz (KI) mit 4 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in einem ISBN-nummerierten Congressband (ISBN 3-89077-048-7), geplant und ausgeführt haben.

Künstliche Intelligenz wird von der Politik seit 2018 als die Zukunftsperspektive gepriesen, in der letzten CeBIT in 2018, die nun eingestellt ist trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000, und auf dem Digital-Gipfel im Dezember 2018, der Nachfolge-Veranstaltung nach Zerschlagung unserer Europäischen Congressmessen unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums

> > > <https://ifdt.org/kpf/>

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

Anlage in diesem Schreiben:

Verfassungsbeschwerde vom 30.Mai 2019

BVERFG-11(23). Angegriffene Hoheitsakte in chronologischer Folge zu

Missbrauch deutscher Justiz für soziale und psychische Zerschlagung im Umfeld von politisch motivierter Sippenzerschlagung mit einer Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsopfer, Enteignung ohne Schadenersatz bis zu Benutzungszwang zu Pfändungsschutz-Konto mit totaler Versagung von rechtlichem Gehör zu öffentlicher Rehabilitierung wegen totaler Enteignung durch eine kriminelle Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik ohne Schadenersatz

trotz / wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa.

Hier: Fortsetzung politisch motivierter Sippenzerschlagung mit sozialer und psychischer Zerschlagung durch eine klagende Krankenversicherung ohne Versicherungsleistungen seit 2010 in Kumpanei mit der Staatsanwaltschaft, mit einer hasskriminellen Orgie diskriminierender Gerichtsverfahren unter staatsanwaltschaftlicher Steuerung Widerstand mit Antrag auf Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland inkl. 2 Anhörungsrügen und 2 Ablehnungsgesuche nach Art.20 Abs.4 GG.

BVERFG-12(23). 70Jahre Grundgesetz auf dem Weg zu Europäischen Menschenrechten gegen

Kriminelle Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik seit 1998 ohne Schadenersatz unter Verantwortung von
> Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)
> Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)
> Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-20XX).

Heimtückische Ausführung von politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) mit kapitalen Vermögensschäden des lebenden Zerschlagungsopfer am Wohnort und am Geburtsort mit Benutzungszwang zu Pfändungsschutz-Konto mit mehrfacher Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft mit Versagung von rechtlichem Gehör für Schadenersatz und mit gnadenloser Durchführung der Zerschlagungsjustiz unter Mittäterschaft in Kumpanei mit skrupellosen Staatsanwaltschaften von bayerischer Verwaltung mit Wissen der Bayerischen Staatsregierung, von öffentlich-rechtlichem Rundfunk, von Versicherungsträgern sozialer Pflichtversicherungen

trotz / wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa.

Besonders diskriminierend:

Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin kein einziges beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung
Kein Weiter so! Erläuterung mit 23 Wahrheiten

BVERFG-13(23). Soziale Zerschlagung (Zerschlagung 4) und Psychische Zerschlagung (Zerschlagung 5): Fortsetzung der politisch motivierten Sippenzerschlagung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe trotz / wegen eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa:
Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt, **sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie** Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : : führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung

BVERFG-14(23). Grundgesetz: 70 Jahre, auf dem Weg zu Europäischen Menschenrechten, Grundlage des deutschen Rechtsstaats

Voraussetzung für jede Rechtsanwendung, z.B. für Versicherungsrecht, ist der Respekt vor dem Grundgesetz mit Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten. Rechtsanwendungen ohne diesen Respekt sind verfassungswidrig!
Skandalös: Verfassungswidrige Rechtsprechung am Landgericht Wuppertal:
Massiver Verstoß gegen Art.1 Abs.3: Gleichheit vor dem Gesetz bedeutet Schutz gegen jede Form von Diskriminierung.
Massiver und ständiger Verstoß gegen Art.6 der Europäischen Menschenrechtskonvention: Recht auf ein faires Verfahren, hier: massiver Verstoß gegen das Prozessgrundrecht aus Art.1 Abs.1 GG, Art.2 Abs.1 GG und Art.20 Abs.3 GG
Zugelassen: Nur Verfahren der Zerschlagungsjustiz, keine Chance auf Schadenersatz entgegen Art. 34 GG, massive Enteignung ohne Schadenersatz, ohne Respekt vor Menschenleben, Grundrechten, grundrechtsgleichen Rechten, Europäischen Menschenrechten . .

BVERFG-15(23). Grundgesetz: 70 Jahre, auf dem Weg zu Europäischen Menschenrechten, Grundlage des deutschen Rechtsstaats

Voraussetzung für jede Rechtsanwendung, z.B. auch für Versicherungsrecht, ist der Respekt vor dem Grundgesetz mit Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten. Rechtsanwendungen ohne diesen Respekt vor Grundrechten und Menschenrechten sind verfassungswidrig!
Skandalös: Aufteilung der sozialen und psychischen Zerschlagung (Zerschlagungen 4 und 5) auf eine diskriminierende Orgie von Gerichtsverfahren an einer Reihe von Gerichten im Gerichtsbezirk Wuppertal und Düsseldorf mit perverser Rechtsprechung: Verfassungswidrige Kombination von bürgerlichem Rechtsstreit, sozialgerichtlicher Justiz und Ordnungswidrigkeitsverfahren mit wiederholter Eskalation zu Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch und psychischer Folter, Missbrauch von Staatsgewalt mit und ohne kriminellem Haftbefehl, mit eskalierender Verhöhnung des Grundgesetzes ("Art.1 Abs.1 GG: "Grundrecht auf Gefangennahme") .

. .

unter Verantwortung des klagenden Versicherungsträgers in Kumpanei mit einer skrupellosen Staatsanwaltschaft

Daher: **Antrag auf**

Sondergericht zu Zerschlagung 1, 2, 3, 4, 5 mit dem Bundesverfassungsgericht als direkte Beschwerde-Instanz und Zeugenaussage von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier wegen seiner politischen Verantwortung als Chef des Bundeskanzleramtes von 1999-2005

für die Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik

gemäß Art.6 Abs.3d EMRK (Europäische Menschenrechte und Grundfreiheiten mit Recht auf ein faires Verfahren)

BVERFG-16(23). Grundgesetz: 70 Jahre, auf dem Weg zu Europäischen Menschenrechten, Grundlage des deutschen Rechtsstaats

Voraussetzung für jede Rechtsanwendung, z.B. für Versicherungsrecht, ist der Respekt vor dem Grundgesetz mit Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten.

Rechtsanwendungen ohne diesen Respekt vor Grundrechten und Menschenrechten sind verfassungswidrig!

Skandalös: Justiz macht sich selbst zum Fake mit geplanter Entsorgung des Justizopfers über das Amtsgericht Velbert mit diskriminierender Reduzierung sozialer und psychischer Zerschlagung auf einen "bürgerlichen" Rechtsstreit

ohne judikativer Kompetenz für eine gigantische Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik seit 1998 mit verheerenden Folgewirkungen

mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu bundesweiter, politisch motivierter Sippenzerschlagung

mit staatsanwaltschaftlicher Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) mit kapitalen Vermögensschäden bis zu Benutzungszwang von Pfändungsschutz-Konto

mit Verstößen gegen fundamentale Menschenrechte trotz / wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998

BVERFG-17(23). 70 Jahre Grundgesetz auf dem Weg zu Europäischen Menschenrechten, Grundlage des deutschen Rechtsstaats

Antrag auf ein Sondergericht für öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz mit dem

Bundesverfassungsgericht als direkte Beschwerde-Instanz

mit Zeugenaussage des Bundespräsidenten nach

Immunitätsaufhebung durch den Deutschen Bundestag

wegen politisch motivierter Sippenzerschlagung im Zuge einer kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik

unter der Verantwortung der regierenden Generation seit 1998

mit Beiladung der beklagten Mittäter inkl. staatsanwaltschaftlicher Unterstützung

> 1.Mittäter, Zerschlagung 2: Bayerische Kreisverwaltung im Landkreis Tirschenreuth mit Wissen der Bayerischen Staatsregierung

> 2.Mittäter, Zerschlagung 3: Öffentlich-rechtlicher Rundfunk, vertreten durch den Intendanten des Westdeutschen Rundfunks

> 3.Mittäter, Zerschlagung 4 und 5: Beklagter Versicherungsträger sozialer Pflichtversicherungen in Kumpanei mit Staatsanwaltschaft Wuppertal, ohne Versicherungsleistungen seit 2010

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln sind zusätzlich
nachlesbar in der
Internet-Doku der Verfassungsbeschwerde:
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-24.pdf>

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.

Gründer und verantwortlicher Planer / Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841
Mobil 0171-6853504
albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

praesident@bundestag.de
wolfgang.schaeuble@bundestag.de

Präsident des Deutschen Bundestag
Herrn Dr.jur. Wolfgang Schäuble

Platz der Republik 1
11011 Berlin

In Kopie an den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts

Verfassungsbeschwerde mit Antrag auf Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland Frank-Walter Steinmeier

Meine Schreiben vom 15.Jan.2019, 05.März 2019, 22.März 2019, 22.April 2019, 03.Juni 2019 und dieses Schreiben

zusätzlich nachlesbar in meiner vernetzten Internet-Doku

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf>

Scroll down after link (page 5 / 7 / 10 / 14 / 21 / 28)

17.Juni 2019

Sehr verehrter Herr Bundestagspräsident,

Mit diesem Schreiben (6.Schreiben) und aus aktuellem Anlass setzen wir fort: **Verfassungsbeschwerde vom 30.Mai 2019**

70 Jahre Grundgesetz sind nicht Anlass zum Feiern, sondern eine Herausforderung auf dem Weg zu Europäischen Menschenrechten gegen eine

kriminelle Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik in Deutschland seit 1998 ohne Schadenersatz

unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998:

> **Bundeskanzler Gerhard Schröder** (1998-2005)

> **Bundeskanzleramt-Chef Frank-Walter Steinmeier** (1999-2005)

> **Bundeskanzlerin Angela Merkel** (2005-20XX)

mit Antrag auf Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland Frank-Walter Steinmeier wegen politisch motivierter Sippenzerschlagung

im Zuge der kriminellen Umsetzung einer gigantischen, heimtückischen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik,

beklagt als das Werk skrupelloser, bundesweit tätiger

Staatsanwaltschaften und scheinbarweise vom Zerschlagungsopfer aufzudecken gegen eine neue Berliner Mauer des Schweigens.

Kein Weiter so! Es ist kriminell, skandalös und nicht hinnehmbar, wenn von einer skrupellosen Staatsanwaltschaft (mutmaßliches Sondernetzwerk)

> ein Zerschlagungsopfer der politisch motivierten Sippenzerschlagung bis in den Tod gehetzt wird (Todesopfer 2012),
> ein Zerschlagungsopfer der politisch motivierten Sippenzerschlagung mit sozialen Pflichtversicherungen nach wirtschaftlicher Zerschlagung ohne Schadenersatz kriminalisiert wird:
Sieh Verfassungsbeschwerde vom 30.Mai 2019.

Politisch motivierte Sippenzerschlagung

trotz / wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-24.pdf>

Scroll down after link (page 15): Wahrheit 08

Horrender Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 für eine vernichtende Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-24.pdf>

Scroll down after link (page 13): Wahrheit 02

Mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 (3G-Auktion) wurden die Frequenzen der 3.Mobilfunk-Generation versteigert mit einem Auktionsergebnis von über **50 Mrd EUR** (50,8 Mrd €) nicht nur zum "Stopfen" eines 25%-Haushaltsloches.

Mit der 5G-Auktion in 2019 wurden **6,6 Mrd €** eingeholt mit Versprechen zu digitaler Infrastruktur und zum Digital-Pakt Schule.

Der horrende Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000

> **für Zweckentfremdung der 3G-Auktionssumme** (770 % größer als die jetzige 5G-Auktionssumme ohne Beachtung von Prozente erhöhenden Frequenz-Bandbreiten) und darüber hinaus

> **für eine vernichtende Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik** unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998 findet bis heute keine Erwähnung.

Die Zerschlagungsopfer, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung, mit eskalierenden Exzessen zu Freiheitsberaubung, psychischer Folter und tödlichen Hetzjagden durch skrupellose Staatsanwälte, werden weiter **kriminalisiert** wegen ihrer staatlich erzwungenen Altersarmut.

Die vernichtende Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik

seit 1998 mit Nennung ausgewählter Verfassungsbeschwerden hat Täter und Mittäter:

> **Beklagt als Haupttäter ist die Bundesrepublik Deutschland (Zerschlagung 1),**

vertreten durch die Bundesregierung unter Verantwortung der Bundeskanzlerin, vertreten durch das Bundeskanzleramt
Verwaltungsgericht Berlin, 27.Kammer, VG 27 K 308.14
Landgericht Wuppertal, 2.Zivilkammer, 2 O 70/15
Bundesverfassungsgericht, 1 BvR 276/16

> **Beklagt als Mittäter ist die bayerische Verwaltung im Landkreis Tirschenreuth mit Wissen der Bayerischen Staatsregierung (Zerschlagung 2)**

Landgericht Wuppertal, 2.Zivilkammer, 2 O 163/16
Bundesverfassungsgericht, 2 BvR 628/17

> Beklagt als Mittäter ist der Öffentlich-rechtliche Rundfunk (Zerschlagung 3) mit Wissen der verantwortlichen Intendanten

Verwaltungsgericht Düsseldorf, 27.Kammer, 27 K 4325/18

Bundesverfassungsgericht, 1 BvR 444/18

> Beklagt als Mittäter sind kriminalisierende

Pflichtversicherungen (Debeka) mit der Zielsetzung sozialer und psychischer Zerschlagungen ohne Versicherungsleistungen seit 2010 (Zerschlagung 4 und 5)

Landgericht Wuppertal, 7.Zivilkammer (7 O 314/12) und

Landgericht Wuppertal, 3.Zivilkammer (3 O 61/19)

Bundesverfassungsgericht, 1 BvR 928/16,

neue Verfassungsbeschwerde vom 30.Mai 2019

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-24.pdf>

Sozialgericht Düsseldorf, 39.Kammer (S 39 P 231/12, S 39 P 19/19)

Amtsgericht Mettmann in Kumpanei mit Staatsanwaltschaft Wuppertal,

mit schikanierenden Ordnungswidrigkeitsverfahren seit 2011,

mit mehrfacher Eskalation zu Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch,

psychischer Folter etc.

Erste Freiheitsberaubung im Juni 2014

Strafanzeige, Klageerzwingungsverfahren und anschließende

Verfassungsbeschwerde 2 BvR 741/16

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf>

Zweite Freiheitsberaubung mit psychischer Folter im Juni 2018

trotz laufender Verfassungsbeschwerde vom 18.Mai 2018 (2 BvR 1299/18)

wegen Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft für 180 €

(nach Rechtsbeugung in 1.Instanz) durch einen 4-Mann-Polizeitruup mit

Anschluss an teuflische Isolationshaft in der JVA Wuppertal:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-22.pdf>

Scroll down after link (page 29).

Soziale Zerschlagung anstatt soziale Sicherheit (Wahrheit 23)

mit Verfassungsbeschwerde vom 10.Juli 2018 (1 BvR 1618/18)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-23.pdf>

Missbrauch deutscher Justiz für psychische Folter:

Verfassungsbeschwerde 2 BvR 1299/18 vom 18.Mai / 18.Juni 2018

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-22.pdf>

> > > Scroll down after link (page 29).

Missbrauch deutscher Justiz für psychische und soziale

Zerschlagung:

Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1618/18 vom 10.Juli 2018

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-23.pdf>

Der Chef des Bundeskanzleramtes ist verantwortlicher Weisungsgeber

an eine weisungsgebundene, bundesweit tätige Staatsanwaltschaft.

Die politisch motivierte Sippenzerschlagung einschließlich

Freiheitsberaubung, psychische und soziale Zerschlagung ist das

hasskriminelle Werk

einer skrupellosen und diskriminierenden Staatsanwaltschaft.

Wenn eine Umverteilungspolitik in eine derartig kriminelle

Zerschlagungspolitik umschlägt und pervertiert, dann ist die

Solidargemeinschaft eines Rechtsstaates längst gefordert,

anstatt das Zerschlagungsoffer auch noch zum Justizopfer zu

machen:

Das Zerschlagungsoffer hat

> **den Tod seines Bruders**, die wirtschaftliche Vernichtung seines Bruders trotz herausragender Leistungen seines Lebensmittelbetriebs mit qualifizierten Produkten, mit Damwild-Gehege und mit ökologischer Energie-Erzeugung, hinnehmen müssen, hat
> **die Zerstörung seines herausragenden Lebenswerkes** mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, hinnehmen müssen, aus denen der deutsche Staat größten Nutzen gezogen hat, hat kapitale Vermögensschäden hinnehmen müssen.

Mit der Zerstörung seines Lebenswerkes wurde ihm nachweislich ein **riesiger Schaden in 2-stelliger Millionenhöhe** zugefügt: Staatlich erzwungene Altersarmut mit Nutzungszwang zu einem Pfändungsschutzkonto ist die aktuelle Situation, die von einem weiteren Mittäter für eine kriminalisierende Hetzjagd jetzt gnadenlos missbraucht wird (Zerschlagung 4 und 5).

Dieser Staat mit Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, mit extremistischer Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen zu einer bundesweiten Sippenzerschlagung, mit Missbrauch deutscher Justiz für kriminalisierende, psychische und soziale Zerschlagung (Zerschlagung 4, Zerschlagung 5) **ist in Wirklichkeit ein Sanierungsfall**, der sich selbst schadet und in dem vorrangig Menschenrechte wieder hergestellt werden müssen.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-24.pdf>

Scroll down after link (page 27): Wahrheit 22 und 23

Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik mit Missbrauch deutscher Justiz als verfassungswidrige Zerschlagungsjustiz:

> Versagung von rechtlichem Gehör für Schadenersatzverfahren (verfassungswidrig)
> Kriminalisierung der Zerschlagungsoffer, indem sie für staatlich erzwungene Altersarmut verantwortlich gemacht werden (Zerschlagung 4, Zerschlagung 5)
> Versagung europäischer Menschenrechte, die im Grundgesetz verankert sind, wie z.B.

Massiver Verstoß gegen Art.6 der Europäischen

Menschenrechtskonvention EMRK (Recht auf ein faires Verfahren, massiver Verstoß gegen das Prozessgrundrecht aus Art.1 Abs.1 GG, Art.2 Abs.1 GG und Art.20 Abs.3 GG)

> Versagung der Immunitätsaufhebung des heutigen Bundespräsidenten zum Zwecke der Zeugenbefragung gemäß Art.6 Abs.3d EMRK, zur Zeugenbefragung über die

Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik in seiner Zeit als Bundeskanzleramtschef (1999-2005)

Unerträglich ist die Abschiebung an einen Petitionsausschuss des Deutschen Bundestags, der von Parteimitgliedern der beklagten Bundesregierung beherrscht wird. Die Zerschlagungsoffer der politisch motivierten Sippenzerschlagung haben bereits

3 Petitionsverfahren hinter sich:

> 2 Petitionsverfahren vor dem Bayerischen Landtag und
> 1 Petitionsverfahren vor dem Deutschen Bundestag mit Fortsetzung der politisch motivierten Sippenzerschlagung:

> mit der Folge, dass die Hetzjagd der Staatsanwaltschaft in Bayern mit einer "Task Force" bis in den Tod des Bruders (2012) intensiviert wurde (Zerschlagung 2).

> mit der Folge, dass eine kriminalisierende Justiz in Deutschland nur Zerschlagungsjustiz zu Folgen politisch erzwungener Altersarmut (Zerschlagung 4 und 5) zulässt und alle Gerichtsverfahren zu öffentlicher Rehabilitation und Schadenersatz unterdrückt (Zerschlagung 1, 2 und 3).

Sieh **Verfassungsbeschwerde 1 BvR 276/16:**

Zerschlagung 1 mit erdrückendem Beweismaterial (4 Ordner Beweise plus Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv mit 13 ISBN-nummerierten Congressbänden der ONLINE 2000 u.a.m.)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-15.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf>

Scroll down after link (page 41)

Sieh **Verfassungsbeschwerde 2 BvR 628/17:**

Zerschlagung 2 mit über 1100 Seiten Beweisdokumentation

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf>

Scroll down after link (page 50)

Sieh **Verfassungsbeschwerde 1 BvR 444/18:**

Zerschlagung 3 unter

Mitverantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf>

Scroll down after link (page 84)

70 Jahre Grundgesetz sind nicht Anlass zum Feiern, sondern eine Herausforderung auf dem Weg zu Europäischen Menschenrechten gegen eine kriminelle Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik in Deutschland seit 1998 ohne Schadenersatz: Das Zerschlagungsoffer hat die begründete Befürchtung, dass ein Sondernetzwerk der Staatsanwaltschaften für die nachhaltige Durchsetzung dieser kriminellen Zerschlagungspolitik tätig ist.

Daher wiederholen wir den

Antrag auf Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland Frank-Walter Steinmeier

für eine gerichtliche Zeugenaussage für die Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik in seiner Zeit als Kanzleramtschef (1999-2005)

Diesen Antrag haben wir mit Schreiben vom 15.Jan.2015 gestellt

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf>

Scroll down after link (page 5)

Das Zerschlagungsoffer will keine Neuauflage eines Petitionsverfahren am Deutschen Bundestag, sondern die Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten (unabhängig von einem Petitionsausschuss) **für die genannte Zeugenaussage an einem beantragten**

Sondergericht mit dem Bundesverfassungsgericht als direkte Beschwerde-Instanz.

Sieh Anlage VB-06 der Verfassungsbeschwerde:

Mitteilung des Deutschen Bundestags / Petitionsausschuss vom 17.Mai 2019

Bundespräsident Pet 3-19-01-1100-017987

> > > http://planning.euro-online.de/ft_p/BVERFG-24.pdf

Scroll down after link (page 41)

Wir bitten Sie um Antwort und Information über die weitere Verfahrensweise gemäß der zugesandten Verfassungsbeschwerde. Für eine Empfangsbestätigung und mehr zu fünf Anschreiben sind wir Ihnen dankbar.

Mit vorzüglicher Hochachtung



Albin L. Ockl



Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer und Organisator unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, die Leitveranstaltung für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben, mit einem herausragenden Lebenswerk für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen, und so eine beachtliche Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa erbracht zu haben.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 18)

Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben. Nach der Zerschlagung waren wir gezwungen, unser Congressmesse-Archiv mit allen Congressbänden zu über 260 Congressen in unser Privathaus zu retten, zum Schutz gegen Verlust infolge politisch motivierter Zerschlagungen. Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen"

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Scroll down after link (page 24)

Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen z.B. bereits in 1987 einen Congress für Künstliche Intelligenz (KI) mit 4 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in einem ISBN-nummerierten Congressband (ISBN 3-89077-048-7), geplant und ausgeführt haben.

Künstliche Intelligenz wird von der Politik seit 2018 als die Zukunftsperspektive gepriesen, in der letzten CeBIT in 2018, die nun eingestellt ist trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000, und auf dem Digital-Gipfel im Dezember 2018, der Nachfolge-Veranstaltung nach Zerschlagung unserer Europäischen Congressmessen unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums

> > > <https://ifdt.org/kpf/>

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

Anlage im Schreiben vom 03.Juni 2019:

Verfassungsbeschwerde vom 30.Mai 2019 an das
Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe

BVERFG-11(23). Angegriffene Hoheitsakte in chronologischer Folge
zu Missbrauch deutscher Justiz für
soziale und psychische Zerschlagung
im Umfeld von politisch motivierter Sippenzerschlagung
mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden
Zerschlagungsoffer, Enteignung ohne Schadenersatz bis zu
Benutzungszwang zu Pfändungsschutz-Konto
mit totaler Versagung von rechtlichem Gehör zu
öffentlicher Rehabilitierung wegen totaler Enteignung durch eine
kriminelle Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik ohne
Schadenersatz

trotz / wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-
Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa.

Hier: Fortsetzung politisch motivierter Sippenzerschlagung
mit sozialer und psychischer Zerschlagung durch eine klagende
Krankenversicherung ohne Versicherungsleistungen seit 2010
in Kumpanei mit der Staatsanwaltschaft,
mit einer hasskriminellen Orgie diskriminierender Gerichtsverfahren
unter staatsanwaltschaftlicher Steuerung
Widerstand mit Antrag auf Immunitätsaufhebung des
Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland inkl.
2 Anhörungsrügen und 2 Ablehnungsgesuche nach Art.20 Abs.4 GG.

BVERFG-12(23). 70Jahre Grundgesetz auf dem Weg zu Europäischen
Menschenrechten gegen

Kriminelle Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik seit 1998 ohne
Schadenersatz unter Verantwortung von
> Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)
> Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)
> Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-20XX).

Heimtückische Ausführung von politisch motivierter
Sippenzerschlagung
mit Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer)
mit kapitalen Vermögensschäden des lebenden Zerschlagungsoffer
am Wohnort und am Geburtsort
mit Benutzungszwang zu Pfändungsschutz-Konto
mit mehrfacher Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem
Deckmantel von Erzwingungshaft
mit Versagung von rechtlichem Gehör für Schadenersatz und
mit gnadenloser Durchführung der Zerschlagungsjustiz
unter Mittäterschaft in Kumpanei mit skrupellosen
Staatsanwaltschaften
von bayerischer Verwaltung mit Wissen der Bayerischen
Staatsregierung,
von öffentlich-rechtlichem Rundfunk,
von Versicherungsträgern sozialer Pflichtversicherungen

trotz / wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-
Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa.

Besonders diskriminierend:

Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin
kein einziges beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung
Kein Weiter so! Erläuterung mit 23 Wahrheiten

BVERFG-13(23). Soziale Zerschlagung (Zerschlagung 4) und Psychische Zerschlagung (Zerschlagung 5): Fortsetzung der politisch motivierten Sippenzerschlagung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe trotz / wegen eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa:

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt, **sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie**

Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : : führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung

BVERFG-14(23). Grundgesetz: 70 Jahre, auf dem Weg zu Europäischen Menschenrechten, Grundlage des deutschen Rechtsstaats

Voraussetzung für jede Rechtsanwendung, z.B. für Versicherungsrecht, ist der Respekt vor dem Grundgesetz mit Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten. Rechtsanwendungen ohne diesen Respekt sind verfassungswidrig! Skandalös: Verfassungswidrige Rechtsprechung am Landgericht Wuppertal:

Massiver Verstoß gegen Art.1 Abs.3: Gleichheit vor dem Gesetz bedeutet Schutz gegen jede Form von Diskriminierung.

Massiver und ständiger Verstoß gegen Art.6 der Europäischen Menschenrechtskonvention: Recht auf ein faires Verfahren, hier: massiver Verstoß gegen das Prozessgrundrecht aus Art.1 Abs.1 GG, Art.2 Abs.1 GG und Art.20 Abs.3 GG

Zugelassen: Nur Verfahren der Zerschlagungsjustiz, keine Chance auf Schadenersatz entgegen Art. 34 GG, massive Enteignung ohne Schadenersatz,

ohne Respekt vor Menschenleben, Grundrechten, grundrechtsgleichen Rechten, Europäischen Menschenrechten . .

BVERFG-15(23). Grundgesetz: 70 Jahre, auf dem Weg zu Europäischen Menschenrechten, Grundlage des deutschen Rechtsstaats

Voraussetzung für jede Rechtsanwendung, z.B. auch für Versicherungsrecht, ist der Respekt vor dem Grundgesetz mit Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten.

Rechtsanwendungen ohne diesen Respekt vor Grundrechten und Menschenrechten sind verfassungswidrig!

Skandalös: Aufteilung der sozialen und psychischen Zerschlagung (Zerschlagungen 4 und 5) auf eine diskriminierende Orgie von Gerichtsverfahren

an einer Reihe von Gerichten im Gerichtsbezirk Wuppertal und Düsseldorf mit perverser Rechtsprechung:

Verfassungswidrige Kombination von bürgerlichem Rechtsstreit, sozialgerichtlicher Justiz und Ordnungswidrigkeitsverfahren mit wiederholter Eskalation zu Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch und psychischer Folter, Missbrauch von Staatsgewalt mit und ohne kriminellen Haftbefehl, mit eskalierender Verhöhnung des Grundgesetzes ("Art.1 Abs.1 GG: "Grundrecht auf Gefangennahme") . unter Verantwortung des klagenden Versicherungsträgers in Kumpanei mit einer skrupellosen Staatsanwaltschaft

Daher: Antrag auf
Sondergericht zu Zerschlagung 1, 2, 3, 4, 5 mit dem
Bundesverfassungsgericht als direkte Beschwerde-Instanz und
Zeugenaussage von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier
wegen seiner politischen Verantwortung als Chef des
Bundeskanzleramtes von 1999-2005

für die Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik
gemäß Art.6 Abs.3d EMRK (Europäische Menschenrechte und
Grundfreiheiten mit Recht auf ein faires Verfahren)

**BVERFG-16(23). Grundgesetz: 70 Jahre, auf dem Weg zu
Europäischen Menschenrechten, Grundlage des deutschen
Rechtsstaats**

Voraussetzung für jede Rechtsanwendung, z.B. für
Versicherungsrecht, ist der Respekt vor dem Grundgesetz mit
Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten.
Rechtsanwendungen ohne diesen Respekt vor Grundrechten und
Menschenrechten sind verfassungswidrig!

Skandalös: Justiz macht sich selbst zum Fake mit geplanter
Entsorgung des Justizopfers über das Amtsgericht Velbert
mit diskriminierender Reduzierung sozialer und psychischer
Zerschlagung auf einen "bürgerlichen" Rechtsstreit
ohne judikativer Kompetenz für eine
gigantische Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik seit 1998
mit verheerenden Folgewirkungen
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu
bundesweiter, politisch motivierter Sippenzerschlagung
mit staatsanwaltschaftlicher Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer)
mit kapitalen Vermögensschäden bis zu Benutzungszwang von
Pfändungsschutz-Konto

mit Verstößen gegen fundamentale Menschenrechte
trotz / wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-
Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998

**BVERFG-17(23). 70 Jahre Grundgesetz auf dem Weg zu
Europäischen Menschenrechten, Grundlage des deutschen
Rechtsstaats**

Antrag auf ein Sondergericht für öffentliche Rehabilitierung und
Schadenersatz mit dem
Bundesverfassungsgericht als direkte Beschwerde-Instanz
mit Zeugenaussage des Bundespräsidenten nach
Immunitätsaufhebung durch den Deutschen Bundestag
wegen politisch motivierter Sippenzerschlagung im Zuge einer
kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik
unter der Verantwortung der regierenden Generation seit 1998
mit Beiladung der beklagten Mittäter inkl. staatsanwaltschaftlicher
Unterstützung

> 1.Mittäter, Zerschlagung 2: Bayerische Kreisverwaltung im
Landkreis Tirschenreuth mit Wissen der Bayerischen Staatsregierung
> 2.Mittäter, Zerschlagung 3: Öffentlich-rechtlicher Rundfunk,
vertreten durch den Intendanten des Westdeutschen Rundfunks
> 3.Mittäter, Zerschlagung 4 und 5: Beklagter Versicherungsträger
sozialer Pflichtversicherungen in Kumpanei mit Staatsanwaltschaft
Wuppertal, ohne Versicherungsleistungen seit 2010

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln sind zusätzlich
nachlesbar in der Internet-Doku der Verfassungsbeschwerde:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-24.pdf>

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.

Gründer, Organisator und geschäftsführender Chefredakteur der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841

albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

praesidentin@bundestag.de
baerbel.bas@bundestag.de

Präsidentin des Deutschen Bundestag
Frau Bärbel Bas

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Einspruch gegen Wiederwahl **von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier**

In Kopie an das Bundesverfassungsgericht

Das Schreiben ist zusätzlich digitalisiert zum Zwecke der vernetzten Kommunikationseffizienz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf>

Scroll down after link (page 38)

02.Januar 2022

Sehr verehrte Frau Bundestagspräsidentin,

Wenn ein deutscher Bundespräsident nicht wieder gewählt werden soll, und wenn ein deutscher Bundespräsident nicht antworten will und keine Brücken bauen will, hat er einen Grund, einen Grund, den er lieber verschweigen möchte:

Seine Vergangenheit
als Chef des Bundeskanzleramtes 1999-2005.

Vorweg: Nur die Wahrheit zählt. Der Unterzeichner respektiert die Staatsorgane der Bundesrepublik Deutschland und erwartet, dass deutsche Staatsorgane seine Grundrechte respektieren. Es gelten folgende Grundsätze:

„**Bürger sind keine Untertanen**“

Prof. em. Dr. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier,
Präsident des Bundesverfassungsgerichts (2002-2010)

„**Grundgesetz muss man nicht lieben, aber respektieren**“

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Andreas Voßkuhle
Präsident des Bundesverfassungsgerichts (2010-2020)

„**Kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland**“

Prof. Dr. Stephan Harbarth, LL.M.,
Präsident des Bundesverfassungsgericht seit 2020.

Der Unterzeichner beklagt:

Politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998)

mit extremistischer Ausuferung

> zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998,

> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010

> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010

[mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:](#)

Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend

Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa sind sein Lebenswerk,

das in 1998 von der Bundesregierung unter **Schröder / Steinmeier** zur Zerschlagung freigegeben wurde, dessen Zerschlagung seit 2005 von der Bundesregierung unter **Merkel** nachgehalten wurde und

das vielen Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung bekannt ist, weil sie mit aktiver Mitwirkung an diesem Lebenswerk beteiligt sind:

Die Europäischen Congressmessen für digitale Evolution:

ONLINE und KOMMTECH

Das weltweit größte Congressangebot mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation

ist Qualitäts- und Leistungsmerkmal dieser in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen,

Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang.

Mehrere 100.000 Congressbände mit ISBN-Nummerierung (beispielsweise, nicht subventioniert) wurden zum Aufbau der Digital-Branche unter seiner Regie in Deutschland auf eigene Kosten investiert und eingesetzt:

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

Viele Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung sind mit aktiver Beteiligung Teil seines Lebenswerkes geworden: z.B.

Dr. Johannes Rau,

Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und später

Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland (1999-2004),

Schirmherr und Eröffnungsredner auf der KOMMTECH'88 in Essen,

sieh im Internet

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Legende.pdf>

Scroll down after link (page 6)

Sieh Anlage VB-AA

Schirmherrschaft des Ministerpräsidenten ist nicht nur eine große Auszeichnung, sondern ist Beweis für die Bedeutung in einem Land.

Prof. Dr. Horst Köhler, Bundespräsident der Bundesrepublik

Deutschland (2004-2010), wurde vom Unterzeichner mit Brief vom

25.05.2010 angeschrieben und darum gebeten, mit dem moralischen Gewicht seines Amtes die laufende **Petition des Unterzeichners am**

Deutschen Bundestag zu unterstützen: Sieh Anlage

Wir klagen an (nach Eingang des Schreibens in derselben Woche am 31.05.2010 **zurückgetreten**)

1. Unsere Petition: Wirkungs- und chancenlos in der Warteschlange?

2. UMTS-Auktion 2000: Niederträchtigste Form der Enteignung

3. Frequenzversteigerung 2010: Mahnmal für politische

Verantwortung

4. ITK-Branche 2000: Weltspitze mit herausragenden

Congressmessen

5. Hitech-amputierte ITK-Branche 2010: Ohne Bedeutung im internationalen Wettbewerb

6. "Deutschland-Initiative für Aufbruchstimmung und Trendwende, Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum"
7. Petition für Gerechtigkeit, die allen deutschen Bürgern zusteht und von der Deutschland nur profitieren kann
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf>
Sieh Anlage DB-01

Dr. Wolfgang Schäuble, Präsident des Deutschen Bundestags,
wurde vom Unterzeichner 6 mal angeschrieben, zum letzten Mal mit
Schreiben von 17.Juni 2019 in Kopie an den Präsidenten des
Bundesverfassungsgerichts wegen
**Verfassungsbeschwerde mit Antrag auf Immunitätsaufhebung des
Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland**
Frank-Walter Steinmeier

Schreiben vom 15.Jan.2019, 05.März 2019, 22.März 2019, 22.April 2019 und
dieses Schreiben zusätzlich nachlesbar in meiner vernetzten Internet-Doku
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf>
Scroll down after link (page 5 / 7 / 10 / 14 / 21 / 28)
Sieh Anlage DB-02

Der Unterzeichner beklagt:

**Politisch motivierte, bundesweite Zerschlagungen seit 1998
nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in
Deutschland und Europa**

**mit best vernetzter, skrupelloser, Menschenrechte verachtender
Täter-Phalanx und mit großem Schaden für Deutschland:**

Kriminelle Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik seit 1998 mit
verheerenden Folgewirkungen für Deutschland,
mit Opferkriminalisierung und Sippenhaft am Wohnort (NRW) und am
Geburtsort (Bayern) des Zerschlagungs- und Kriminalisierungsofers
unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998

> **Bundeskanzler Gerhard Schröder** (1998-2005, heute Putin-
Berater und Putin-Freund)

> **Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier** (1999-
2005, heute Bundespräsident)

> **Bundeskanzlerin Angela Merkel** (2005 - 2021 mit GroKo-
Kabinetten)

> **Bayerischer Staatsminister Markus Söder** (2007-2018, heute
Ministerpräsident)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Legende.pdf>

Deutschland braucht einen neuen, einen anderen Bundespräsidenten, jetzt!

Daher erheben wir öffentlich Einspruch gegen seine Wiederwahl.

Als Chef des Bundeskanzleramtes von 1999 bis 2005 ist er
verantwortlich für die Umsetzung der staatlichen UMTS-Auktion 2000,
mit der die digitale Innovationselite in Deutschland eliminiert wurde
und deren verheerende Folgewirkungen

**mit HARTZ IV, mit Agenda 2010 und mit politisch motivierten
Zerschlagungen** bekämpft wurde. Mit der UMTS-Auktion 2000 wurde
**das Loch im Bundeshaushalt (25%-Loch) finanziert. Dies
Finanzierung war das größte Milliarden-Grab aller Zeiten, weil das
Loch nach 1 Jahr wieder da war.** Mit der UMTS-Auktion 2000 wurde
die Umverteilung von der Digital-Branche zur Automobil-Branche
erzwungen, in Abstimmung mit den Gewerkschaften (vorrangig IG
Metall) und mit Volkswagen-Personalvorstand **Peter Hartz.**

Das Landgericht Braunschweig verurteilte Peter Hartz am 25.01. 2007
wegen Untreue und Begünstigung des VW-Betriebsratschefs zu einer

Freiheitsstrafe von zwei Jahren auf Bewährung. Außerdem musste Hartz eine Geldstrafe von rund 576.000 Euro zahlen. Ungeklärt ist, ob Volkswagen die 2,6 Millionen EUR Bestechungsgelder zurückgefordert hat.

Gerhard Schröder hat sich als deutschen Autokanzler bezeichnet, ist heute Putin-Berater und Putin-Freund. Der russische Präsident rühmt sich, einen deutschen Bundeskanzler als Berater zu haben. Die von ihm verursachte Wirtschaftskrise hat zu seinem Machtverlust und der Wahlniederlage in 2005 geführt.

Ein globaler Abgas- oder Diesel-Skandal (Dieselgate) mit illegalen Manipulationen führender Autohersteller zur Umgehung gesetzlich vorgegebener Grenzwerte für Autoabgase kulminierte zu Rücktritt und zu gerichtlichen Auseinandersetzungen gegen den Vorstandsvorsitzenden der Volkswagen AG **Martin Winterkorn**.

Die digitale Innovationselite im Jahr 2000, auch **New Economy oder Net Economy** bezeichnet, war Verdienst und Werk der **Europäischen Congressmessen für digitale Evolution**, des Lebenswerkes des Unterzeichners. Die verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000, mit der die Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der regierenden Generation unter Schröder / Steinmeier / Merkel seit 1998 erzwungen wurde, dauern bis heute an. Heute ist Deutschland Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa. Mit der ONLINE 2003 mussten die Europäischen Congressmessen des Unterzeichners eingestellt werden. **Seit 2003** hat der Unterzeichner keine Einnahmen mehr aus Beruf und Geschäft. Bis heute wird Rehabilitierung und Schadenersatz verweigert.

Ohne Beispiel sind die politisch motivierten Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998) mit extremistischer Ausuferung

- > zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998,
- > zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010
- > zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010

mit einer verfassungswidrigen Opferkriminalisierung, mit Täter/Opfer-Umkehr, ohne Rehabilitierung und Schadenersatz, mit einer entwürdigenden Alters-Diskriminierung und Generationen-Diskriminierung des 80-jährigen Rentners.

Seit 2013 ist er gezwungen, ein Pfändungsschutz-Konto zu benutzen, ohne Nutzungsmöglichkeiten für Kredite, nicht einmal Dispo-Kredite sind verfügbar. Dieses Pfändungsschutz-Konto eines 80-jährigen Rentners wird jetzt von einem „**Sozialversicherungsträger**“ **missbraucht für Kontopfändungen in Sachen einer verfassungswidrigen Krankenversicherung**, von einem „Sozialversicherungsträger“, der seit 2010 keine Versicherungsleistungen erbringt, nur an sozialer Zerschlagung interessiert ist, mit einer verfassungswidrigen Krankenversicherung, nachgewiesen mit einer Verfassungsbeschwerde, nachgewiesen mit einem Berufungsanmeldeverfahren, mit einer Pflegeversicherung ohne Perspektive auf Versicherungsleistungen.

Politisch motivierte Sklavenhaltung seit 2010,
ohne Chance für ein Europäisches Menschenrecht auf ein faires Verfahren nach Art.6 EMRK, geschweige denn für Gerichtsverfahren am laufendem Bande, hintereinander und parallel seit über 10 Jahren,
> Gerichtsverfahren am laufendem Bande seit 2010 nach Vernichtung ansehnlicher Altersrücklagen seit 2010, mit orgienartiger Ausuferung parallel und hintereinander,
ohne Weihnachtsruhe, ohne Osterruhe, ohne Urlaubsrufe,
ohne rechtsanwaltliche Unterstützung
> Reduzierung der Gerichtsverfahren auf Zerschlagungsjustiz, mit unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung durch Täter/Opfer-Umkehr, ohne rechtliches Gehör für Rehabilitierung und Schadenersatz

- > Gerichtsverfahren an Verwaltungsgerichten (Berlin, Düsseldorf, Regensburg) bis zum Bundesverfassungsgericht
- > Gerichtsverfahren an Amtsgerichten (Velbert, Mettmann) und Landgerichten (Wuppertal) bis zum Bundesverfassungsgericht
- > Gerichtsverfahren an Sozialgerichten (Düsseldorf) bis zum Bundesverfassungsgericht

Bürger sind keine Untertanen, geschweige denn Sklaven.

Deutschland hat einen neuen Bundeskanzler, hat die Chance für einen Neuanfang,

Deutschland braucht auch einen neuen Bundespräsidenten, der nicht mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 die digitale Innovationselite in Deutschland eliminiert hat und der nicht für Fortsetzung höchst verfassungswidriger, politisch motivierter Zerschlagungen verantwortlich ist.

Der Unterzeichner hat den Bundespräsidenten in 2018 zweimal angeschrieben und um Stellungnahme gebeten, hat aber keine Antwort erhalten, nicht einmal eine Empfangsbestätigung: Sieh **Anlage DB-03** oder

Internet-Doku zum 1. und 2. Anschreiben an den Bundespräsidenten

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

2. Anschreiben: Scroll down after link (page 22)

Der Deutsche Bundestag ist das verantwortliche Staatsorgan, das eingreifen und korrigieren kann, dies jedoch bis heute abgelehnt hat. Der Unterzeichner hat eine erdrückende Beweislage beim Bundesverfassungsgericht vorgelegt, die gegen eine Wiederwahl des heutigen Bundespräsidenten sprechen.

Die Bundesversammlung setzt sich nach Art.54 Abs.3 GG aus den 736 bei der Bundestagswahl 2021 gewählten Mitgliedern des Deutschen Bundestags und einer gleichen Anzahl von Delegierten zusammen, die durch die Landesparlamente gewählt werden.

Der Unterzeichner erhebt Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz gemäß Art.34 GG:

„Verletzt jemand in Ausübung eines ihm anvertrauten öffentlichen Amtes die ihm einem Dritten gegenüber obliegende Amtspflicht, so trifft die Verantwortlichkeit grundsätzlich den Staat oder die Körperschaft, in deren Dienst er steht. Bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit bleibt der Rückgriff vorbehalten. Für den Anspruch auf Schadensersatz und für den Rückgriff darf der ordentliche Rechtsweg nicht ausgeschlossen werden.“

Immunitätsschutz verhindert bis heute den Rückgriff. Rehabilitierung und Schadenersatz werden bis heute versagt. Das Opfer wird zum Täter gemacht (Opferkriminalisierung mit Täter/Opfer-Umkehr).

Mit einer Wiederwahl wird Immunitätsschutz verlängert. Der Unterzeichner hat die Aufhebung der Immunität vergeblich beantragt. Sieh Anlage DB-02.

Der deutsche Staat steht per Grundgesetz **gemäß Art.34 GG in der Verantwortung.**

Unbestritten und mit erdrückender Beweislage ist unsere Lebensleistung für Deutschland und Europa und unsere Zerschlagung in Deutschland wegen dieser Lebensleistung,

unter Beteiligung des Bundeslandes Bayern, des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und eines „Sozialversicherungsträger“ mit einer äußerst unverhältnismäßigen Opferkriminalisierung seit 2010, seit über 10 Jahren.

Wir bitten um Ihre Rückantwort.

Mit vorzüglicher Hochachtung

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'A. Ockl'. The signature is written in a cursive style with a prominent initial 'A' and a long, sweeping tail.

Albin L. Ockl



Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer, Organisator und geschäftsführender Chefredakteur unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, die Leitveranstaltungen für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben, mit einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen, mit einer beachtlichen Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 19)

Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben und so ein qualifiziertes Fundament für die Digital-Branche gelegt zu haben, mit einem

professionellen Verlagsservice zu über 260 Congressen.

Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Scroll down after link (page 24)

Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen bereits in 1986, 1987, 1988 Congressse für Künstliche Intelligenz (KI) mit 3x4=12 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in einem ISBN-nummerierten Congressbänden, geplant und ausgeführt haben.

Artificial Intelligence wird von der Politik seit 2018 als Schlüsseltechnologie der Digitalisierung erkannt und als die Zukunftsperspektive gepriesen, in der letzten CeBIT in 2018, die eingestellt werden musste trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR wegen politischem Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Umverteilung und Zerschlagung, und auf dem staatlichen Digital-Gipfel im Dezember 2018/2019, der Nachfolge-Veranstaltung nach Zerschlagung unserer Europäischen Congressmessen unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums

> > > <https://ifdt.org/kpf/>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

Anlage VB-AA: In direkter Nachbarschaft zum Gerichtsbezirk des Landgerichtes Wuppertal, verantwortlich für eine Serie von Gerichtsverhandlungen seit 2011, nach politisch motivierter, bundesweiter Sippenerschlagung und nachfolgend mit politisch motivierter Sklavenhaltung

unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998, bis heute mit juristischer Verweigerung von Rehabilitation und Schadenersatz (über 20 Jahre), vor über 30 Jahren:

Dr. Johannes Rau, geb. am 16. Januar 1931 in *Wuppertal*,
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen,
Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland (1999-2004)
Schirmherr und Eröffnungsredner der KOMMTECH 1988
in der Messe Essen

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

und die Europäischen Kongressmessen KOMMTECH'86, KOMMTECH'87 und KOMMTECH'88 in Essen

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_86.pdf

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_88.pdf

Schirmherrschaft des Ministerpräsidenten ist nicht nur eine große Auszeichnung, sondern ist Beweis für die Bedeutung in einem Land:

3 Kongressmessen für technische Automation mit 18 hochqualifizierten Kongressen (4 Tage je Kongress) inkl. professionellem Verlagsservice (18 ISBN-nummerierte Kongressbände mit hoher Auflage für Kongressteilnehmer und Nachmesse-Verkauf, ohne Subventionen) mit Fachmesse und mit einer Vielzahl praxisnaher Seminare

Diese Kongressmessen fanden zusätzlich statt zu seinen Europäischen Congressmessen ONLINE mit dem **weltweit größten Congressprogramm für digitale Evolution in Deutschland und Europa**,

mit professionellem Verlagsservice (ISBN-nummerierter Congressband je Congress).

Beide Congressmessen, KOMMTECH und ONLINE, sind eine Weiterentwicklung seiner

ONLINE-Seminarreihe mit qualifizierter Dokumentation, die das Zerschlagungsoffer selbst entwickelt und in Deutschland, Österreich, Schweiz und auch in der Technischen Akademie in Wuppertal und im Haus der Technik in Essen, in den 1970er Jahren als Unternehmensberater durchgeführt hat.

Seite 01: **Dr. Johannes Rau**,

Schirmherr der Europäischen Kongressmesse KOMMTECH'88,
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen

Eröffnungsansprache mit Simultanübersetzung zu

„*Neue Informations- und Kommunikationstechniken: Chance für den Strukturwandel*“

„*New information and communication technologies: Chance of structural Change*“

Dr. Johannes Rau (1) und **Peter Willi Reuschenbach** (3),
Oberbürgermeister der Stadt Essen) beim Messe-Rundgang

Seite 02: Kongressmesse-Schirmherr **Dr. Johannes Rau** (1)
besucht den Messestand der ehemaligen DDR,

die mit einer hochrangigen Delegation angereist und mit dem Workshop-Zentrum IV „Software für Hochtechnologien der DDR“ vertreten war. Weitere Personen:

Prof. Dr. Dr. Helmut Koziolk (2), Leitendes Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin (DDR) und Auswärtiges

Mitglied der Russischen Akademie der Wissenschaften, später Teilnehmer an den Zwei-plus-Vier-Gesprächen, mit denen der Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands geebnet wurde (Zeuge:

Alt-Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble)

Albin L. Ockl (4), Gründer und geschäftsführender Chefredakteur der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Seite 03: **ONLINE-Seminarreihe an der Technischen Akademie in Wuppertal, später im Haus der Technik in Essen** (Kurzfassung der Seminarbeschreibung mit Nachweis über qualifizierte Kenntnisse von Datenschutz) als Vorläufer seiner Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution

Seite 04: Kongressband VI (ISBN 3-89077-035-5) der KOMMTECH'86 zu Kongress VI (KI/Künstliche Intelligenz und Expertensysteme, Software-Engineering und PC-Anwendungstechnik)

Seite 05: Kongressband VI (ISBN 3-89077-048-7) der KOMMTECH'87 zu Kongress VI (Wissensbasierte Systeme in der Praxis: Künstliche Intelligenz auf dem Prüfstand)

Seite 06: Kongressband III (ISBN 3-89077-057-6) der KOMMTECH'88 zu Kongress III (Expertensysteme in Planung und Produktion)

Seite 07: Europäische Kongressmesse KOMMTECH'86

Programmübersicht

Seite 08: Europäische Kongressmesse KOMMTECH'87

Programmübersicht

Seite 09: Europäische Kongressmesse KOMMTECH'88

Programmübersicht

Seite 10: Plenarveranstaltung zur Eröffnung der Fachmesse KOMMTECH'86

Seite 11: KOMMTECH'88 Information Brochure (front) 5th Congress Fair for Technical Automation

Seite 12: KOMMTECH'88 Plenary Session Seminars

Seite 13: Plenarveranstaltung zur Eröffnung der Fachmesse KOMMTECH'88

Seite 14 a/b: **Dr. Johannes Rau**, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und später Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, Schirmherr mit Grußwort (a deutsch, b englisch) und Eröffnungsredner auf der KOMMTECH'88, sieh auch im Internet

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

Anlage VB-208: Dr. Günter Rexrodt, Begrüßungsredner als Senatsdirektor (Finanzsenator 1985-1989) auf dem Senatsempfang für Congresssteilnehmer auf der **ONLINE 1984 in Berlin**, Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der **ONLINE 1996 in Hamburg**:

„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend“ . . .

"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation

einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

Anlage VB-209: Dr. Henning Voscherau, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997), Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991), langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997) auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:

„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst.“

"Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen"

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

Schirmherrschaft des Ersten Bürgermeister ist nicht nur eine große Auszeichnung, sondern ist Beweis für die Bedeutung in Hamburg.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 7)

Anlage VB-210: Erkki Liikanen, EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der EU-KOMMISSION: „Für eine Informationsgesellschaft für alle“

auf der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001 in Düsseldorf

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Anlage VB-211z: Joachim Erwin, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf, Eröffnungsdredner

auf der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001 in Düsseldorf

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Anlage VB-212z: Highlights der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001:

eCommerce & mCommerce, eBusiness & eSecurity, Telekom-Markt 2001, Internet- und Netze-Evolution

Anlage VB-213z:

Plenum der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001 unter Leitung von **Prof. Dr.-Ing. Dr.h.c.mult. Paul J. Kühn**, Direktor des Instituts für Kommunikationsnetze und Rechnersysteme an der Universität Stuttgart, Congressleiter und Moderator der Plenarveranstaltungen der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1995-2003

eCity Düsseldorf auf den Säulen eGovernment, eSchool & eCommerce, Joachim Erwin, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf

eEurope: Eine Informationsgesellschaft für alle.

Aktionsplan eEurope 2002, **Erkki Liikanen**, EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der EU-KOMMISSION

Anlage VB-214z: Management I-1 ONLINE 2001

Telekom-Markt Europa 2001: Quo vadis? Stand, Strategien und Visionen

Anlage VB-215z: Management I-2 ONLINE 2001

Internet- und Netze-Evolution: High Speed Services, Satelliten-Lösungen, Technologie-Trends

Anlage VB-216z: Congressmesse-Programm ONLINE 2001

Herausragende Congressse in Deutschland und Europa

Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den TK&IT-Innovationen in 12 Congressbänden

Anlage DB-01

Prof. Dr. Horst Köhler, Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland (2004-2010), wurde vom Unterzeichner mit Brief vom 25.05.2010 angeschrieben und darum gebeten, mit dem moralischen Gewicht seines Amtes die laufende Petition des Unterzeichners am Deutschen Bundestag zu unterstützen: Sieh Anlage Wir klagen an (nach Eingang des Schreibens in derselben Woche am 31.05.2010 **zurückgetreten**)

1. Unsere Petition: Wirkungs- und chancenlos in der Warteschlange?
 2. UMTS-Auktion 2000: Niederträchtigste Form der Enteignung
 3. Frequenzversteigerung 2010: Mahnmal für politische Verantwortung
 4. ITK-Branche 2000: Weltspitze mit herausragenden Congressmessen
 5. Hitech-amputierte ITK-Branche 2010: Ohne Bedeutung im internationalen Wettbewerb
 6. "Deutschland-Initiative für Aufbruchstimmung und Trendwende, Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum"
 7. Petition für Gerechtigkeit, die allen deutschen Bürgern zusteht und von der Deutschland nur profitieren kann
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf>

Anlage DB-02

Dr. Wolfgang Schäuble, Präsident des Deutschen Bundestags, wurde vom Unterzeichner 6 mal angeschrieben, zum letzten Mal mit **Schreiben von 17.Juni 2019** in Kopie an den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts wegen

Verfassungsbeschwerde mit Antrag auf Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland Frank-Walter Steinmeier

Schreiben vom 15.Jan.2019, 05.März 2019, 22.März 2019, 22.April 2019 und dieses Schreiben zusätzlich nachlesbar in meiner vernetzten Internet-Doku

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf>

Scroll down after link (page 5 / 7 / 10 / 14 / 21 / 28)

Anlage DB-03

Schreiben von 10.Juni 2018 an den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland Frank-Walter Steinmeier

Internet-Doku zum 1. und 2. Anschreiben an den Bundespräsidenten

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

2. Anschreiben: Scroll down after link (page 22)
in Kopie an Präsident des Bundesverfassungsgerichts,
Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)
"Wir klagen an" (Fortsetzung, kein Weiter so)

Verfassungsbeschwerde vom 18.Mai 2018 (Kapitel BVERFG-22, -23, -24)
Zweifacher Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-22.pdf>

Scroll down after Link (page 28)

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.

Gründer, Organisator und geschäftsführender Chefredakteur der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841

albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

praesidentin@bundestag.de
baerbel.bas@bundestag.de

Präsidentin des Deutschen Bundestag
Frau Bärbel Bas

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Einspruch (Fortsetzung) gegen Wiederwahl von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, weil verfassungswidrig

In Kopie an das Bundesverfassungsgericht

Das Schreiben ist zusätzlich digitalisiert zum Zwecke der vernetzten
Kommunikationseffizienz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf>

Scroll down after link (page 38/49)

11.Januar 2022

Sehr verehrte Frau Bundestagspräsidentin,

mit Schreiben vom 02.Jan.2011 hat sich der Unterzeichner sehr darum bemüht,
Ihnen aufzuzeigen, dass der
Widerstand gegen die Wiederwahl von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier
mit Respekt vor dem Grundgesetz, vor Menschenrechten und darüber hinaus der
Widerstand gegen Opferkriminalisierung, Opferdiskriminierung,
Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung mit grundrechtsgleichem
Recht nach Art.20 Abs.4 GG eine überzeugende Begründung hat:

Politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998)

mit extremistischer Ausuferung

> zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998,

> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010

> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010

**mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für
Deutschland:**

**Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer
übergreifend, Generationen übergreifend**

**nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für die
Zukunft in Deutschland und Europa**

**mit bundesweiten Zerschlagungen unter Verantwortung der
regierenden Generation seit 1998**

Deutschland hat heute das zweitgrößte Parlament der Welt

und schafft sich ab mit der Einheitswahl eines Bundespräsidenten mit dunkler Vergangenheit (1999-2005), trotz der Zerschlagung der digitalen Innovationselite in Deutschland unter seiner Verantwortung, mit anschließender nationaler Schrumpfung von globaler Leistungsspitze zum Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa. Deutsche Bürger*innen müssen besorgt sein, dass im zweitgrößten Parlament der Welt von der Volksvertretung nur abzunicken ist wie im größten Parlament der Welt mit Einheitswahl (China). Um Menschenrechtsverletzungen in Deutschland sind wir nicht besorgt, weil wir sie in extremistischer Ausuferung selbst erleiden müssen, heute nicht mehr mit KZ-Haft, sondern mit „JVA-Service“, nicht trotz, sondern wegen der Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerks.

Dr. Johannes Rau,

Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und respektabler **Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland (1999-2004)**, war Schirmherr und Eröffnungsredner auf einer unserer Europäischen Congressmessen in Essen. Der Unterzeichner hat sein politisches Wirken in Verbindung mit

Gustav Heinemann, Bundespräsident (1969-1974) bewusst miterlebt und bewusst respektiert. Sie waren wirkliche Vorbilder.

Björn Engholm, Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein,

Vorsitzender der Medienkommission beim SPD-Parteivorstand, hat mit einer Rede im Plenum der Europäischen Congressmesse ONLINE'89 in Hamburg Stellung genommen zu „Die neuen Übertragungstechniken und ihre Bedeutung für die nationale und europäische Rundfunklandschaft“. An der ONLINE'89 hat eine hochrangige DDR-Delegation teilgenommen. Von der ONLINE'89 ist Engholm zu politischen Gesprächen in die DDR gefahren. Im Spätherbst '89 ist die Berliner Mauer und der Eiserne Vorhang gefallen. Sieh Anlage VB-217z. Sieh auch Rau auf der KOMMTECH'88 in Essen. Unsere Congressmessen waren Brücken zur deutschen Wiedervereinigung.

Heute gibt es eine neue Berliner Mauer des Schweigens über politisch motivierte Zerschlagungen, die keiner überbrücken will.

Politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998)

mit extremistischer Ausuferung zu politisch motivierter Sippenzerschlagung am Wohnort in Nordrhein-Westfalen und am Geburtsort in Bayern, bis heute mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz, und jetzt mit Opferkriminalisierung, Opferdiskriminierung, Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung, das sind verfassungswidrige Brücken von **von Schröder/Steinmeier/Merkel/Söder mit Steinmeier als selbsternannten „Brückenbauer“**,

mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland

Deutschland braucht einen Neuanfang unter der neuen Bundesregierung mit einem neuen Brückenbauer in Übereinstimmung mit dem Grundgesetz: Daher beantragt der Unterzeichner erneut

Aufhebung und nicht Fortsetzung der Immunität von Frank-Walter Steinmeier. Die Wiederwahl von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier ist verfassungswidrig gemäß Art.34 GG:

„Verletzt jemand in Ausübung eines ihm anvertrauten öffentlichen Amtes die ihm einem Dritten gegenüber obliegende Amtspflicht, so trifft die Verantwortlichkeit grundsätzlich den Staat oder die Körperschaft, in deren Dienst er steht. Bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit bleibt der Rückgriff vorbehalten. Für den Anspruch auf Schadensersatz und für den Rückgriff darf der ordentliche Rechtsweg nicht ausgeschlossen werden.“

Frank-Walter Steinmeier ist verantwortlich für die verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und deren

Aufarbeitung mit HARTZ IV, Agenda 2010 und politisch motivierten Zerschlagungen.

Das sind verfassungswidrige, miserable Brücken in Deutschlands Zukunft, ohne Respektierung von Grundrechten, von Art.1 Abs.1 GG bis Art.34 GG

Nur die Wahrheit zählt. Der Unterzeichner respektiert mit Sicherheit die Staatsorgane der Bundesrepublik Deutschland und erwartet, dass deutsche Staatsorgane seine Grundrechte respektieren. Das ist Grundgesetz mit Grundrechten am Anfang des Gesetzes.

Kein Weiter so

nach bundesweiter Sippenzerschlagung am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern
nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für die Zukunft von Deutschland und Europa,
jetzt mit politisch motivierter Sklavenhaltung ohne Rehabilitierung und Schadenersatz.

Kein Weiter so mit bundesweiter Sippenzerschlagung am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern / Landkreis Tirschenreuth, mit einer Treib- und Hetzjagd seines Bruders in den wirtschaftlichen Ruin und bis in den Tod (2012), mit der Volksjustiz einer Kommunalwahl unter der Verantwortung der bayerischen Staatsregierung mit best vernetzter Täter-Phalanx in Deutschland seit 1998 ohne Rehabilitierung und Schadenersatz.

Kein Weiter so mit unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung, mit Täter/Opfer-Umkehr durch einen „Sozialversicherungsträger“, weil das Zerschlagungsopfer nach Aufbrauch ansehnlicher Altersrücklagen ohne Rehabilitierung und Schadenersatz keine soziale Sicherheit mehr hat und weil dieser „Sozialversicherungsträger“ nur noch soziale Zerschlagung will, obwohl er der keine Versicherungsleistungen seit 2010 erbringt **und mit einer verfassungswidrigen**

Krankenversicherung Kontopfändung auf dem Pfändungsschutzkonto des 80-jährigen Rentners betreibt, mit Benutzungszwang seit 2013, ohne Kreditmöglichkeit, selbst ohne Dispo-Kredit, mit ständiger Androhung weiterer Zwangsmaßnahmen (Gerichtsentscheidungen haben keine Rechtskraft, wenn Grundrechte nicht respektiert werden!)

Kein Weiter so mit politisch motivierter Sklavenhaltung, mit ständigen Gerichtsverfahren, hintereinander und parallel, ohne Weihnachtspause, ohne Osterpause, ohne Urlaubspause, mit orgienartiger Ausuferung von Gerichtsterminen unter Steuerung von Justizbehörden, zweimal mit Freiheitsberaubung und psychischer Folter, mit Opferkriminalisierung, Opferdiskriminierung, Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung.

Die Beweislage ist erdrückend, Ordnerreihen-weise angeliefert an Verwaltungsgerichte, Amts- und Landgerichte, Sozialgerichte, und immer wieder mit Verfassungsbeschwerde an das Bundesverfassungsgericht, alles gesteuert über Justizbehörden mit dem Bundesamt für Justiz, das ausführlich informiert ist und nachweislich an den Zerschlagungen beteiligt ist.

> > > Der Unterzeichner ist mit Recht stolz darauf, dass führende Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung mit aktiver Beteiligung Teil seines herausragenden Lebenswerkes sind und Zeugen seiner Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa wie zum Beispiel:

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und später Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, Schirmherr und Eröffnungsredner auf der KOMMTECH'88, siehe im Internet

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

Dr. Norbert Blüm, Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland, Plenarsprecher auf der KOMMTECH'88

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

Prof. Dr.-Ing. Karl Steinbuch, Pionier der Informatik, Mitbegründer der künstlichen Intelligenz und der Kybernetik auf der ONLINE 1980

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#7>

Scroll down

Dr. Bernhard Vogel, Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz und später des Freistaates Thüringen, Vorsitzender der Rundfunk-Kommission der Ministerpräsidenten, Festredner auf der ONLINE'85

> > > <http://www.euro-online.de/1984.htm>

Willibald Hilf, Vorsitzender der ARD-Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland und Intendant des Südwestfunk, Eröffnungsredner auf der ONLINE 1987

> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_87.pdf

Dr.h.c. Lothar Späth, Ministerpräsident a.D., Vorsitzender der Geschäftsführung, JENOPTIK CARL ZEISS JENA GMBH, Jena, Redner mit „Standing Ovation“ auf der ONLINE '92

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

Prof. Dr.jur. Erich Häußler, Präsident des Deutschen Patentamtes, zudem verantwortlich für den Aufbau des Patentwesens in China, Congressleiter auf der ONLINE1993, Beiratsvorsitzender auf den Europäischen Congressmessen ONLINE1994 und ONLINE1995

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

Dr. Henning Voscherau, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997), Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991), langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997) auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97: „Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst.“

"Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen"

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 7)

Dr. Günter Rexrodt, Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für Congress-Teilnehmer auf der ONLINE1984 in Berlin, Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg :

„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend“, **die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit**

**größten .Congressangebot für technische Kommunikation
einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft
Deutschlands.“**

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

Prof. Dr.-Ing.habil Dr. h.c. mult. Hans-Jörg Bullinger,

9. Präsident der Fraunhofer-Gesellschaft,
Beiratsvorsitzender der Europäischen Congressmessen ONLINE und
KOMMTECH und Plenary Speaker von 1987 bis 1992

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

Prof. Dr.-Ing. Hans-Jürgen Warnecke, Präsident der Fraunhofer
Gesellschaft von 1993-2002, Leiter des Universitätsinstituts für
industrielle Fertigung und Fabrikbetrieb, Universität Stuttgart, Leiter
des Fraunhofer-Instituts für Produktionstechnik und Automatisierung
(IPA), Chairman Congress I auf der KOMMTECH '86 und ONLINE'89

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_86.pdf

Prof. Dr.-Ing. Manfred Weck, Institutsdirektor des Laboratoriums für
Werkzeugmaschinen und Betriebslehre (WZL), RWTH Aachen,
Chairman Congress I auf der KOMMTECH'88

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_88.pdf

Prof. Dr.-Ing. Drs.h.c. Günter Spur, Leiter des Instituts für
Werkzeugmaschinen und Fertigungstechnik, Technische Universität
Berlin, auf der ONLINE'89

> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_89.pdf

Prof. Dr.-Ing. habil. Klaus-Peter Fähnrich, Leiter I+K-Techniken am
Fraunhofer-Institut IAO, später Abteilungsleiter Betriebliche
Informationssysteme am Institut für Informatik der Universität Leipzig,
Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE und
KOMMTECH 1985-1992,

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

> > > <https://ifdt.org/kpf/>

Prof. Dr.-Ing. Eckhard Freund, Inhaber des Lehrstuhls für
Automatisierung und Robotertechnologie in der Fakultät für
Elektrotechnik und Informationstechnik und Leiter des Instituts für
Roboterforschung der Universität Dortmund, leitete den 4-tägigen
Roboter-Kongress I auf unserer KOMMTECH'87.

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

Michel Carpentier, Generaldirektor der
Kommission der Europäischen Gemeinschaften auf der ONLINE'88

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

Prof. Dr. Henning Kagermann, Leiter der Entwicklung
Rechnungswesenssysteme und Vorstandssprecher der SAP AG auf
der ONLINE'89, heute Vorsitzender des Kuratoriums von ACATECH,
der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften

> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_89.pdf

Prof. em. Dr.-Ing. Dr. h.c. mult. Paul J. Kühn, Direktor des Instituts
für Kommunikationsnetze und Rechnersysteme an der Universität
Stuttgart, Congressleiter und Moderator der Plenarveranstaltungen
der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1995-2003

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Prof. Dr. Ulrich Killat, Leiter des Arbeitsbereiches Digitale Kommunikationssysteme an der TU Hamburg-Harburg, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2003
> > > <http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf>
Scroll down after link (page 7)

Prof. Dr.-Ing. Anatol Badach, Professor für Telekommunikation, Fachhochschule Fulda, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2003
> > > <http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf>
Scroll down after link (page 7)

Prof. Dr. August-Wilhelm Scheer, Direktor des Instituts für Wirtschaftsinformatik der Universität Saarbrücken auf der ONLINE'95
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_95.pdf

Prof. Dr. C. Christian von Weizsäcker, Vorsitzender der Monopolkommission, Universität Köln auf der ONLINE'95
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>

Prof. Dr. Claus Ehlermann, Generaldirektor der EG-Kommission für Wettbewerb auf der ONLINE 1993, anschließend Mitglied und 2001 Vorsitzender des Revisionsgerichtes der Welthandelsorganisation (WTO)
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>

Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp, Präsident der Landeszentralbank in der Freien und Hansestadt Hamburg, in Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein, Beiratsvorsitzender der Europäischen Congressmessen ONLINE 1996 /1997
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

Dr. Wolfgang Bötsch, Bundesminister für Post und Telekommunikation der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE'97:
„Die Chancen des neuen Telekommunikationsgesetzes aktiv nutzen“
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>

Karel van Miert, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar (1989 bis 1999) für Wettbewerb, auf der ONLINE 1997
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3>

Dr. Alexander Schaub, Generaldirektor für Wettbewerb der Europäischen Kommission auf der ONLINE 1999
> > > <http://www.euro-online.de/h6.htm#>

Erkki Liikanen, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft, auf der ONLINE 2001
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Joachim Erwin, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf, Eröffnungsredner auf der ONLINE 2001
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Matthias Kurth, Präsident der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post/Bundesnetzagentur, auf der ONLINE 2001
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Prof.Dr. Friedrich Vogt, Lehrstuhl für Telematik an der TU Hamburg-Harburg, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2002

> > > <http://www.euro-online.de/ftp/programm02.pdf>

Scroll down after link (page 8)

Prof.Dr. Bernhard Steffen, Dekan des Fachbereichs Informatik, Universität Dortmund, Congressleiter der ONLINE 1999 bis 2003

> > > <http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf>

Scroll down after link (page 10)

Prof. Dr.sc. Christoph Meinel, Direktor des Instituts Telematik der Universität Trier, später Geschäftsführer des Hasso-Plattner-Institut für Digital Engineering in Potsdam,

Congressleiter der ONLINE 2000 bis ONLINE 2003

> > > <http://www.euro-online.de/ftp/programm02.pdf>

Scroll down after link (page 6)

Prof. Dr.-Ing. Heinz Thielmann, Institutsdirektor, GMD FORSCHUNGSZENTRUM INFORMATIONSTECHNIK GMBH, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 2001 und 2003

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Prof. Dr.-Ing. Stefan Jähnichen, Dekan des Fachbereichs Informatik, Technische Universität Berlin, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2003

> > > <http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf>

Scroll down after link (page 10)

Prof. Dr.-Ing. Manfred Nagl, Lehrstuhl für Informatik an der RWTH Aachen, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2003

> > > <http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf>

Scroll down after link (page 11)

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Wahlster, Vorsitzender der Geschäftsführung der Deutschen Forschungszentrums für Künstliche Intelligenz, Preisträger des Deutschen Zukunftspreises 2001 beim Bundespräsidenten, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2003

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Prof. Dr. Hans H. Bauer, Lehrstuhl für ABWL und Marketing, Universität Mannheim, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE 2002

> > > <http://www.euro-online.de/ftp/programm02.pdf>

Scroll down after link (page 10)

und viele, viele andere mehr und häufig öfters waren Sprecher der Europäischen Congressmessen, ohne Honorar- und Kostenerstattung, ohne Sponsoring mit Sylt- oder Toskana-Urlaub, in konzertiertem Zusammenwirken mit 300 bis 500 innovationsorientierten Referenten pro Congressmesse, für den digitalen Vorsprung in Deutschland, Europa und weltweit

Sehr verehrte Frau Bundestagspräsidentin, der Unterzeichner bittet um Ihre Rückmeldung wegen der weiteren Vorgehensweise.

Mit vorzüglicher Hochachtung

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'A. Ockl', written in a cursive style.

Albin L. Ockl



Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer, Organisator und geschäftsführender Chefredakteur unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, die Leitveranstaltungen für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben, mit einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen, mit einer beachtlichen Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 19)

Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben und so ein qualifiziertes Fundament für die Digital-Branche gelegt zu haben, mit einem

professionellen Verlagsservice zu über 260 Congressen.

Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Scroll down after link (page 24)

Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen bereits in 1986, 1987, 1988 Congressse für Künstliche Intelligenz (KI) mit 3x4=12 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in einem ISBN-nummerierten Congressbänden, geplant und ausgeführt haben.

Artificial Intelligence wird von der Politik seit 2018 als Schlüsseltechnologie der Digitalisierung erkannt und als die Zukunftsperspektive gepriesen, in der letzten CeBIT in 2018, die eingestellt werden musste trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR wegen politischem Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Umverteilung und Zerschlagung, und auf dem staatlichen Digital-Gipfel im Dezember 2018/2019, der Nachfolge-Veranstaltung nach Zerschlagung unserer Europäischen Congressmessen unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums

> > > <https://ifdt.org/kpf/>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

Anlage VB-AA (liegen vor): In direkter Nachbarschaft zum Gerichtsbezirk des Landgerichtes Wuppertal, verantwortlich für eine Serie von Gerichtsverhandlungen seit 2011, nach politisch motivierter, bundesweiter Sippenerschlagung und nachfolgend mit politisch motivierter Sklavenhaltung

unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998, bis heute mit juristischer Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz (über 20 Jahre), vor über 30 Jahren:

Dr. Johannes Rau, geb. am 16. Januar 1931 in *Wuppertal*,
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen,
Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland (1999-2004)
Schirmherr und Eröffnungsredner der KOMMTECH 1988
in der Messe Essen

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

und die Europäischen Kongressmessen KOMMTECH'86, KOMMTECH'87 und KOMMTECH'88 in Essen

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_86.pdf

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_88.pdf

Schirmherrschaft des Ministerpräsidenten ist nicht nur eine große Auszeichnung, sondern ist Beweis für die Bedeutung in einem Land:

3 Kongressmessen für technische Automation mit 18 hochqualifizierten Kongressen (4 Tage je Kongress) inkl. professionellem Verlagsservice (18 ISBN-nummerierte Kongressbände mit hoher Auflage für Kongressteilnehmer und Nachmesse-Verkauf, ohne Subventionen) mit Fachmesse und mit einer Vielzahl praxisnaher Seminare

Diese Kongressmessen fanden zusätzlich statt zu seinen Europäischen Congressmessen ONLINE mit dem **weltweit größten Congressprogramm für digitale Evolution in Deutschland und Europa**,

mit professionellem Verlagsservice (ISBN-nummerierter Congressband je Congress).

Beide Congressmessen, KOMMTECH und ONLINE, sind eine Weiterentwicklung seiner

ONLINE-Seminarreihe mit qualifizierter Dokumentation, die das Zerschlagungsoffer selbst entwickelt und in Deutschland, Österreich, Schweiz und auch in der Technischen Akademie in Wuppertal und im Haus der Technik in Essen, in den 1970er Jahren als Unternehmensberater durchgeführt hat.

Seite 01: **Dr. Johannes Rau**,

Schirmherr der Europäischen Kongressmesse KOMMTECH'88,
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen

Eröffnungsansprache mit Simultanübersetzung zu

„*Neue Informations- und Kommunikationstechniken: Chance für den Strukturwandel*“

„*New information and communication technologies: Chance of structural Change*“

Dr. Johannes Rau (1) und **Peter Willi Reuschenbach** (3),
Oberbürgermeister der Stadt Essen) beim Messe-Rundgang

Seite 02: Kongressmesse-Schirmherr **Dr. Johannes Rau** (1)
besucht den Messestand der ehemaligen DDR,

die mit einer hochrangigen Delegation angereist und mit dem Workshop-Zentrum IV „Software für Hochtechnologien der DDR“ vertreten war. Weitere Personen:

Prof. Dr. Dr. Helmut Koziolk (2), Leitendes Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin (DDR) und Auswärtiges

Mitglied der Russischen Akademie der Wissenschaften, später Teilnehmer an den Zwei-plus-Vier-Gesprächen, mit denen der Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands geebnet wurde (Zeuge:

Alt-Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble)

Albin L. Ockl (4), Gründer und geschäftsführender Chefredakteur der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Seite 03: **ONLINE-Seminarreihe an der Technischen Akademie in Wuppertal, später im Haus der Technik in Essen** (Kurzfassung der Seminarbeschreibung mit Nachweis über qualifizierte Kenntnisse von Datenschutz) als Vorläufer seiner Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution

Seite 04: Kongressband VI (ISBN 3-89077-035-5) der KOMMTECH'86 zu Kongress VI (KI/Künstliche Intelligenz und Expertensysteme, Software-Engineering und PC-Anwendungstechnik)

Seite 05: Kongressband VI (ISBN 3-89077-048-7) der KOMMTECH'87 zu Kongress VI (Wissensbasierte Systeme in der Praxis: Künstliche Intelligenz auf dem Prüfstand)

Seite 06: Kongressband III (ISBN 3-89077-057-6) der KOMMTECH'88 zu Kongress III (Expertensysteme in Planung und Produktion)

Seite 07: Europäische Kongressmesse KOMMTECH'86

Programmübersicht

Seite 08: Europäische Kongressmesse KOMMTECH'87

Programmübersicht

Seite 09: Europäische Kongressmesse KOMMTECH'88

Programmübersicht

Seite 10: Plenarveranstaltung zur Eröffnung der Fachmesse KOMMTECH'86

Seite 11: KOMMTECH'88 Information Brochure (front) 5th Congress Fair for Technical Automation

Seite 12: KOMMTECH'88 Plenary Session Seminars

Seite 13: Plenarveranstaltung zur Eröffnung der Fachmesse KOMMTECH'88

Seite 14 a/b: **Dr. Johannes Rau**, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und später Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, Schirmherr mit Grußwort (a deutsch, b englisch) und Eröffnungsredner auf der KOMMTECH'88, sieh auch im Internet

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

Anlage VB-208: Dr. Günter Rexrodt, Begrüßungsredner als Senatsdirektor (Finanzsenator 1985-1989) auf dem Senatsempfang für Congresssteilnehmer auf der **ONLINE 1984 in Berlin**, Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der **ONLINE 1996 in Hamburg**:

„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend“ . . .

"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation

einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

Anlage VB-209: Dr. Henning Voscherau, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997), Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991), langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997) auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:

„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst.“

"Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

Schirmherrschaft des Ersten Bürgermeister ist nicht nur eine große Auszeichnung, sondern ist Beweis für die Bedeutung in Hamburg.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 7)

Anlage VB-210: Erkki Liikanen, EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der EU-KOMMISSION: „Für eine Informationsgesellschaft für alle“

auf der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001 in Düsseldorf

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Anlage VB-211z: Joachim Erwin, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf, Eröffnungsdredner

auf der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001 in Düsseldorf

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Anlage VB-212z: Highlights der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001:

eCommerce & mCommerce, eBusiness & eSecurity, Telekom-Markt 2001, Internet- und Netze-Evolution

Anlage VB-213z:

Plenum der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001 unter Leitung von **Prof. Dr.-Ing. Dr.h.c.mult. Paul J. Kühn**, Direktor des Instituts für Kommunikationsnetze und Rechnersysteme an der Universität Stuttgart, Congressleiter und Moderator der Plenarveranstaltungen der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1995-2003

eCity Düsseldorf auf den Säulen eGovernment, eSchool & eCommerce, Joachim Erwin, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf

eEurope: Eine Informationsgesellschaft für alle.

Aktionsplan eEurope 2002, **Erkki Liikanen**, EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der EU-KOMMISSION

Anlage VB-214z: Management I-1 ONLINE 2001

Telekom-Markt Europa 2001: Quo vadis? Stand, Strategien und Visionen

Anlage VB-215z: Management I-2 ONLINE 2001

Internet- und Netze-Evolution: High Speed Services, Satelliten-Lösungen, Technologie-Trends

Anlage VB-216z: Congressmesse-Programm ONLINE 2001

Herausragende Congressse in Deutschland und Europa

Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den TK&IT-Innovationen in 12 Congressbänden

Anlage VB-217z: nachgeliefert mit Schreiben vom 11.01.2022

Björn Engholm, Ministerpräsident des des Landes Schleswig-Holstein, Vorsitzender der Medienkommission beim SPD-Parteivorstand, mit einer Rede im Plenum der Europäischen Congressmesse ONLINE'89 in Hamburg

Anlage DB-01

Prof. Dr. Horst Köhler, Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland (2004-2010), wurde vom Unterzeichner mit Brief vom 25.05.2010 angeschrieben und darum gebeten, mit dem moralischen Gewicht seines Amtes die laufende Petition des Unterzeichners am Deutschen Bundestag zu unterstützen: Sieh Anlage Wir klagen an (nach Eingang des Schreibens in derselben Woche am 31.05.2010 **zurückgetreten**)

1. Unsere Petition: Wirkungs- und chancenlos in der Warteschlange?
 2. UMTS-Auktion 2000: Niederträchtigste Form der Enteignung
 3. Frequenzversteigerung 2010: Mahnmal für politische Verantwortung
 4. ITK-Branche 2000: Weltspitze mit herausragenden Congressmessen
 5. Hitech-amputierte ITK-Branche 2010: Ohne Bedeutung im internationalen Wettbewerb
 6. "Deutschland-Initiative für Aufbruchstimmung und Trendwende, Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum"
 7. Petition für Gerechtigkeit, die allen deutschen Bürgern zusteht und von der Deutschland nur profitieren kann
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf>

Anlage DB-02

Dr. Wolfgang Schäuble, Präsident des Deutschen Bundestags, wurde vom Unterzeichner 6 mal angeschrieben, zum letzten Mal mit **Schreiben von 17.Juni 2019** in Kopie an den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts wegen

Verfassungsbeschwerde mit Antrag auf Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland Frank-Walter Steinmeier

Schreiben vom 15.Jan.2019, 05.März 2019, 22.März 2019, 22.April 2019 und dieses Schreiben zusätzlich nachlesbar in meiner vernetzten Internet-Doku

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf>

Scroll down after link (page 5 / 7 / 10 / 14 / 21 / 28)

Anlage DB-03

Schreiben von 10.Juni 2018 an den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland Frank-Walter Steinmeier

Internet-Doku zum 1. und 2. Anschreiben an den Bundespräsidenten

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

2. Anschreiben: Scroll down after link (page 22)
in Kopie an Präsident des Bundesverfassungsgerichts,
Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)
"Wir klagen an" (Fortsetzung, kein Weiter so)

Verfassungsbeschwerde vom 18.Mai 2018 (Kapitel BVERFG-22, -23, -24)
Zweifacher Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-22.pdf>

Scroll down after Link (page 28)